

8 Dringlichkeitsanträge

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wir kommen jetzt nun zu den Dringlichen Anträgen. Ich darf bitten als Erste die Kollegin Gamsjäger-Katzensteiner, wird anstatt der Frau Klubobfrau Braunersreuther, die erkrankt ist, den Dringlichen Antrag einbringen. Ich darf den Vorsitz an Herrn Stadtrat Eber übergeben.

Vorsitzwechsel – StR Eber übernimmt den Vorsitz (16.55 Uhr).

8.1 Steuervergünstigungen für Anlegerwohnungen beenden

(KO GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) Braunersreuther, KPÖ)

Gemeinderätin **Gamsjäger-Katzensteiner**:

Ich darf jetzt diesen Antrag einbringen in Vertretung von der Kollegin Braunersreuther. Es geht um das Thema Wohnen. Wir haben es vorhin schon gehört, in Graz gibt es da offenbar positive Entwicklungen. Das heißt aber nicht, dass es damit getan ist. Wir brauchen natürlich weitere Maßnahmen, um das Wohnen leistbar zu machen für die Menschen. Unter anderem in diese Kerbe schlägt auch dieser Antrag. Wir haben ja in den vergangenen Jahren noch in der Niedrigzinsphase eigentlich einen Immobilienboom gehabt, eben befeuert durch Niedrigzinsen. Vielfach, ging es da aber weniger um das Grundbedürfnis der Menschen nach Wohnen, sondern eher um eine Kapitalanlage, Stichwort Betongold. Da wurde viel gebaut, was eben eine Anlegerwohnung dann sein sollte und vielleicht gar nicht dazu gedacht, dass dort jemand wohnt, um einfach das Kapital dort anzulegen, aber auch am Bedarf

vorbeigebaut, in Form von Mikrowohnungen oder auch Mieten verlangt, die eben vielfach nicht leistbar sind.

Wie gesagt, eigentlich sollte es beim Wohnbau ja darum gehen, dass das Grundbedürfnis nach Wohnen und möglichst nach leistbarem Wohnen gedeckt wird. Wir haben ohnehin ein Problem mit der Bodenversiegelung, da sollte man eigentlich darauf schauen, dass dann eben etwas gebaut wird, was auch zu diesem Zwecke genutzt wird und nicht massenhaft potenzieller Wohnraum leer steht. Ich habe es vorhin schon erwähnt, die Zinsen natürlich haben das massiv befeuert. Damals auch die Niedrigen. Andererseits gibt es aber bei den Anlegerwohnungen auch eine Steuerbegünstigung, was natürlich auch, sagen wir so, staatlich gefördert, dann dazu beiträgt, dass auf so ein Modell zurückgegriffen wird.

Wenn man diese Steuerbegünstigung aufhebt, könnte die Regierung, anstatt viel Geld auszugeben, wie das jetzt bei dem Wohnbaupaket geschehen ist, wo aber in erster Linie wieder die Bauwirtschaft profitieren wird und nicht der gemeinnützige Wohnbau, anstatt eben dort viel Geld auszugeben, könnte man, wenn man diese Steuervergünstigungen für Anlegerwohnungen streicht, Geld einnehmen und diese dann zum Beispiel eben auch für den öffentlichen sozialen Wohnbau verwenden. Deshalb stelle ich namens des KPO-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Der Bundesgesetzgeber wird auf dem Petitionswege ersucht, die Steuervergünstigungen beim Kauf von Anlegerwohnungen aufzuheben.

Originaltext des Dringlichen Antrages:

Am 20. März 2024 wurde im Parlament ein großes Baupaket beschlossen – unter anderem, um neuen Wohnraum zu schaffen. Für das Baupaket nimmt die Regierung viel Geld in die Hand. Das wird aber vor allen Dingen in die Kassen der Bauwirtschaft

fließen. Denn gefördert werden nicht gezielt preisgünstige Mietwohnungen, sondern vor allen Dingen der Neubau und -erwerb von Eigenheimen.

Was das Baupaket nicht berücksichtigt, ist, dass in den vergangenen Jahren viel Wohnraum geschaffen wurde, der jedoch nicht genutzt wird. Mit den Steuervergünstigungen (Die Zinsen des Immobilienkredits sind als Werbungskosten steuerlich absetzbar. Zu den weiteren Werbekosten zählen Betriebskosten, Telefon- und Reisekosten, Immobilienverwaltungsaufwendungen, Steuerberatungshonorare und Instandhaltungskosten zur Verlängerung der Nutzungsdauer der Anlegerwohnung) auf den Kauf von so genannten Anlegerwohnungen wurde Leerstand quasi gefördert. Denn insbesondere in Zeiten, in denen Geldanlagen Negativzinsen brachten, wurden Immobilien weniger zur Vermietung, sondern vielfach allein als sichere Geldanlage gekauft. Und wenn Vermietungen stattfanden, dann nicht selten zu einem völlig überhöhten Preisniveau, wie die der derzeitige Durchschnitt der Mietpreise bei Neubauwohnungen zeigt. Außerdem wurden aufgrund der Nachfrage übermäßig viel Klein- und Kleinstwohnungen geschaffen, die nicht dem Bedarf an Wohnraum für Familien entsprechen. In der offiziellen Definition gelten Anlegerwohnungen daher im Unterschied zu Vorsorgewohnungen rein als Kapitalanlage. Eine wichtige Maßnahme zur Schaffung von Wohnraum wäre deshalb, die Steuervergünstigungen für den Kauf von Anlegerwohnungen zurückzunehmen. Damit könnte die Regierung sogar Geld einnehmen, anstatt es in großem Maße auszugeben.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Der Bundesgesetzgeber wird auf dem Petitionswege ersucht, die Steuervergünstigungen beim Kauf von Anlegerwohnungen aufzuheben.

Gemeinderätin **Potzinger**:

Hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Antragstellerin, sehr geehrte Damen und Herren. Wir freuen uns über dieses Wohnpaket des Bundes. Es hat zur Folge, dass es für Jungfamilien leichter ist, zu Eigentum zu kommen, sich eine kleine Eigentumswohnung oder ein Häuschen zu leisten. Ihr habt vielleicht vorgestern gesehen, die Ergebnisse der Ö3-Jugendstudie. Die ergibt erstaunlicherweise, dass 82% der jungen Leute zwischen 18 und 34 sich ein Eigenheim wünschen. Die meisten eine Eigentumswohnung oder ein Häuschen im Grünen. Sie wollen Eigentum und das ist gut so, wenn sie dieses Ziel haben. Warum? Auch wenn man das ganze Leben betrachtet. Sicher man nimmt einen Kredit auf, um sich das Eigenheim leisten zu können. Aber irgendwann ist der Kredit abbezahlt, vielleicht nach 25 Jahren. Und wenn man dann in Pension geht, dann besitzt man dieses kleine Eigentum, die Eigentumswohnung oder das Häuschen und muss nicht mehr Mieten zahlen. Und das ist natürlich auch ein adäquates Mittel, um Altersarmut zu bekämpfen. Also das hat mehrere Vorteile zu erleichtern, dass man Eigentum schafft. Was mich gewundert hat, ist der Schwerpunkt dieses Antrags auf Anlegerwohnungen. Wir haben recherchiert und meines Wissens kommt das Wort Anlegerwohnung in diesem Wohnungspaket gar nicht vor. Warum habt ihr da so ein Problem mit den Anlegerwohnungen?

Also, ich frage mich, wie jetzt die Abstimmung ausgeht. Ob die Grünen da jetzt mitstimmen? Ihr seid ja an und für sich keine Wendehälse, liebe Grüne. Aber auf Bundesebene habt ihr dieses Wohnpaket bejubelt. Ich könnte euch jetzt vorlesen, aber ich will nicht eure Zeit strapazieren. Die Wortmeldung von eurer Grünen Klubobfrau Sigi Maurer und von etlichen anderen Grünen, die ein Hohelied gesungen haben auf dieses neue Wohnpaket, was das für Erleichterungen bringt, vor allem auch für junge Familien. Deswegen wundere ich mich jetzt, dass ihr offenbar jetzt da in Nibelungen treue, da mit eurem größeren Regionspartner offenbar mitgehen werdet. Sehr erstaunlich. Für uns ist es jedenfalls eigenartig, überhaupt, dass ihr diesen Antrag stellt. Insofern nicht, weil die Kommunisten dafür berühmt sind, dass ihnen Eigentum eigentlich ein bisschen ein Dorn im Auge ist. Deswegen verstehe ich das aus euren

ideologischen Gründen, habe ich absolut Verständnis dafür. Aber, dass die Grünen da mitgehen, das würde mich sehr, sehr wundern.

Und wir sind jedenfalls nicht für diesen Dringlichen Antrag, wir werden ihn nicht unterstützen. Und noch einmal, wir freuen uns, dass dieses Geld, das da vom Bund kommt, dazu führt, dass es für Jungfamilien leichter wird, sich Eigentum zu schaffen. Und dass zum Beispiel die Grunderwerbsteuer dann wegfällt, aber nicht für die Multimillionäre, die ihr ja immer so anprangert, keineswegs. Es steht drinnen, dass es da eine Obergrenze gibt beim Wert von € 500.000,00 und was darüber hinausgeht, ist dann nicht befreit. Also, es dient wirklich der Wohnraumbeschaffung für den breiten Mittelstand und natürlich wird auch der soziale Wohnbau dadurch gefördert. Ein absolut interessantes und wertvolles Paket des Bundes, das sehr vielen Menschen zugutekommt. Deshalb werden wir euren Dringlichen Antrag sicher nicht mittragen. Danke.

Stadtrat **Eber**:

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Wenn das nicht der Fall ist, wünschst du ein Schlusswort zur Dringlichkeit? Nein? Doch.

Gemeinderätin **Gamsjäger-Katzensteiner**:

Nur kurz, dass das nicht zu Missverständnissen führt, ja, ich habe kurz auf das Wohnbaupaket der Bundesregierung Bezug genommen, wo wir doch einige Kritikpunkte haben. Das ist jetzt aber nicht der Kern dieses Antrags und das eine steht nicht in direktem Zusammenhang mit dem anderen. Es ist eigentlich schon seit Jahren irgendwie für mich unverständlich, warum der Kauf von Anlegerwohnungen steuervergünstigt sein soll. Genau darum geht es, dass diese Steuervergünstigung aufgehoben wird. Das hat aber nichts mit dem zu tun, was sonst jetzt in diesem Maßnahmenpaket der Bundesregierung beschlossen worden ist.

Stadtrat **Eber**:

Damit kommen wir zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer dieser zustimmt, bitte um ein Zeichen. Danke. Gegenprobe. Damit ist die Dringlichkeit angenommen.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, NEOS, FPÖ).

Wünscht jemand zum Inhalt das Wort? Bitte, Herr Gemeinderat Brandstätter und dann die Frau Gemeinderätin Robosch.

Gemeinderat **Brandstätter**:

Werter Stadtsenat, hoher Gemeinderat, liebe Zuseherinnen und Zuseher.

Das, was Sie, Frau Antragstellerin, gerade besprochen haben, ist ja genau das Thema, was sehr unverständlich ist an diesem Antrag. Warum wird auf ein wirklich gutes Paket der Bundesregierung in einer schwierigen Situation Bezug genommen, wenn es eigentlich um etwas ganz anderes geht?

Nämlich stellen wir einmal die Fakten klar: Das allererste ist, es gibt ein Wohnpaket der Bundesregierung, das ca. € 1.000.000.000,00 umfasst. Mit diesem Paket schaffen wir es, dass wir Menschen, die bis jetzt noch kein Eigenheim haben, den Weg zum Eigenheim erleichtern. Und das ist eine großartige Sache, die übrigens mit den Grünen gemeinsam - und deswegen verstehe ich auch nicht, wie ihr bei so einem Antragstext dann vielleicht zustimmen wollt - beschlossen haben. Und da gibt es viele wichtige Punkte, zum Beispiel, dass 20.000 neue Wohnungen geschaffen werden, 10.000 in Eigentum, 10.000 in Miete. Darüber hinaus wird der Kredit für die erste Wohnung günstiger und für die erste Wohnung staatliche Nebengebühren wegfallen. Es geht also um die erste Wohnung, und die auch nur, wenn sie unter 500.000 Euro kostet. Wenn man dann nebulos davon spricht, dass dafür aber irgendwelche Steuervergünstigungen bei Käufen ganz allgemein in Frage kommen und das mit dem Wohnpaket verbunden

hätte werden sollen, dann frage ich mich schon, wieso geht man überhaupt davon aus, dass jeder kauft? Weil diese Steuervergünstigungen werden ja nicht nur für Anlegerwohnungen gelten. Auch tatsächlich jeder Kauf in einer Anlegerwohnung mündet. Die Wahrheit ist ja, dass fast alle Käufe in Eigentum für die betroffenen Personen münden oder diese Personen diese Wohnungen weiter vermieten. Wir wissen aus den Studien, wo wir mittlerweile einen paar Bezirke in Graz durchleuchtet haben, dass es so gut wie gar keinen strukturellen Leerstand in unserer Stadt gibt. Im Gegensatz zu den 30.000 behaupteten Wohnungen ihrerseits, die Statistiken, die jetzt ausgegeben worden sind und unter Ihrer Stadtregierung veröffentlicht worden sind, zeigen, dass es diesen strukturellen Leerstand nicht gibt. Leerstand entsteht eigentlich, wenn überhaupt, dort, wo vielleicht eine Arztpraxis ist, und man glaubt, es sei Leerstand. Oder wo die Wohnungen gar nicht so ausgebaut sind, dass man sie überhaupt nutzen könnte und sie erst hergerichtet werden müssten. Die paar Wohnungen, die vielleicht wirklich diesen Leerstand darstellen, dazu sagen, alles wird am Markt vorbeigebaut. Das würde mich schon wundern, weil niemand wird in eine Wohnung investieren, die diesen Wert nicht hat. Diesen Wert wird sie nur dann haben, wenn sie auch zu einem gewissen Preis vermietet werden kann. Und wenn sie das nicht kann, dann wird sie diesen Wert mit der Zeit verlieren und dann wird sie kein gutes Anlageobjekt sein. So oder so ist dieser Antrag aus meiner Sicht vollkommen unverständlich, weil er Steuervergünstigungen ganz grundsätzlich kritisiert, sobald man eine Wohnung kauft oder ein Eigenheim. Das mag vielleicht in ihre politische Ideologie passen, passt aber ganz sicher nicht in ein Konzept, in dem wir davon ausgehen, dass Menschen dann ein eigenständiges Leben führen können, wenn sie nicht vom Wohnbau der Frau Baustadträtin oder Bürgermeisterin abhängig sind, sondern sich selbst etwas schaffen können. Denn das ist ja das, was Sie am Ende wollen: dass Menschen in staatlicher Abhängigkeit sind. Das wollen wir verhindern, und das finde ich nicht gescheit. Deswegen werden wir diesem Antrag auch nicht näher treten.

Gemeinderätin **Robosch**:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, neben dem, dass die Zwischendiskussionen weitergehen, möchte ich mich auch zu diesem sehr guten Antrag zu Wort melden und auch eine gute Besserung an die Antragstellerin, an die eigentliche Antragstellerin zu Hause richten. Aber es ist trotzdem so, dass man ein paar Sätze leider zu den zwei ÖVP-Wortmeldungen sagen muss, die da gerade gefallen sind. Graz ist leider in den letzten Jahren das Paradebeispiel dafür geworden, dass man natürlich sehr, sehr, sehr, sehr viel bauen kann, die quasi Versiegelung sehr hoch ist, aber es nicht automatisch dazu führt, dass man dadurch leistbareren oder überhaupt mehr zugänglichen Wohnraum hat. Das sehen wir erstens an den Mikrowohnungen, das sehen wir aber auch an den Anlegerwohnungen. Wir sehen, dass ganze Wohnkomplexe gebaut werden, wo der Hauptteil der Wohnungen Anlegerwohnungen sind, die gar nicht dazu gedacht sind, sie zu vermieten, weil sie würden dadurch Rendite verlieren oder quasi Einnahmen verlieren, wenn sie diese wirklich auch vermieten.

Das ist die Realität, die wir leider gerade in Graz sehen und das ist auch die Brücke zu dem genannten Bauprojekt, weil nur weil man in die Bauwirtschaft an sich investiert und nur weil man ins Bauen an sich investiert, heißt das nicht, dass für die, die diese Wohnungen eigentlich bewohnen wollen, das Wohnen leistbarer wird. Und weil dann auch immer wieder gesagt wird, ja, aber die jungen Menschen wünschen sich ein Eigenheim, natürlich wünschen sich junge Menschen ein Eigenheim, ob sie sich das leisten können, ist aber eine ganz, ganz, ganz andere Frage, und hier zu stehen als ÖVP und ein Wohnpaket zu haben, was keine einzige Wohnung billiger macht in der größten Teuerungskrise, die auch durch Mieten und durch Wohnkosten nach oben getrieben wurde, ist einfach nur, meines Erachtens, unverständlich. Weil wenn man da wirklich ein Wohnpaket machen hätte wollen, das die Menschen wirklich entlastet, dann hätte man einen Mietpreisdeckel bis 2026 eingeführt, wie wir ihn vorschlagen. Dann hätte man auch die Zinsen, die derzeit durch die Decke gehen, wo sehr viele junge Menschen in den Zeiten der niedrigen Zinsen, den variablen Zinssatz genommen haben, die jetzt natürlich nicht entlastet werden von der Bundesregierung, weil sie sich

die Kosten für die Zinsen nicht mehr leisten können. Da setzt sich eine junge ÖVPLerin in das Zentrum und sagt so: „Ja, aber diese Entscheidungen haben diese Leute getroffen und ich will nicht, dass der Staat dann meine Entscheidungen, obwohl ich sie mir nicht mehr leisten kann, sie dann umändern“. So ist eure Wohnpolitik und so viel seid ihr auf der Seite von den Häuslbauern, weil ihr habt keinen einzigen Kredit günstiger gemacht, ihr habt keine einzige Wohnung günstiger gemacht und ihr habt keinen einzigen Beitrag zu wirklich leistbaren Wohnraum geschaffen.

Und im Bezug auf den eigentlichen Antrag mit den Anlegerwohnungen muss man auch wirklich sagen, dass überhaupt Wohnraum existiert und auch zusätzlich gebaut wird, der gar nicht zum Wohnen da ist, das ist einfach eine grundsätzliche Frage und wir wissen, wo die ÖVP auf dieser Frage steht, und wir wissen, wo die SPÖ und auch die KPÖ auf dieser Frage steht. Nämlich auf der Seite der Leute, die wirklich auch leistbaren Mietraum und leistbaren Wohnraum brauchen.

Gemeinderätin Heinrichs:

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Vorsitzender. Ich mache es wie immer kurz, weil ja das meiste sowieso schon gesagt worden ist. Die liebe Anna, die Vorrednerin, hat schon die Geschäftlichkeiten zum Thema erklärt. Wer bei diesem Antrag nicht versteht, worum es geht, wer nicht versteht, denn die Nuancen um den Aspekt Leerstand, die Nuancen um den Aspekt Anlegerwohnungen, der will das nicht verstehen aus ideologischen Gründen, das ist verständlich.

Ich möchte jetzt in aller Freundschaft zu dir, liebe Sissi, sagen, etwas, was mir wichtig ist, nämlich dieser Aspekt Eigentum. Du hast gemeint, wir wären dem Eigentum gegenüber, also feindlich oder so ähnlich, ich weiß jetzt nicht wortgenau, gestimmt. Ich habe schon einmal vor Kurzem an dieser Stelle betont und ich sage das jetzt heute noch einmal mit vollem Nachdruck: Genau das ist natürlich nicht der Fall, weil sonst hätten wir uns damals beim Pflegeregress nicht so breit gemacht und eingesetzt mit diesen vielen Unterschriften, die wir gesammelt haben, die wir letztlich

zusammengebracht haben. Damals ist es nämlich wirklich darum gegangen und um nichts anderes, als dass diejenigen, wo also zum Beispiel in Familien die Eltern oder die Großeltern sogar schon das Eigentum, nämlich ein Eigenheim, mühselig erspart haben, nicht von allem kommen, wenn sie mit der Pflege ihrer Angehörigen nicht anders auf die Reihe kommen, als das Eigentum einzusetzen, damit diese Pflege im stationären Bereich überhaupt stattfinden kann.

Ein ähnliches Problem, und liebe Sissi, das weißt du genau, Pflegeregress ist gefallen, ist natürlich die Geschichte mit dem Eigentumsregress, wenn es um die 24 Stunden Pflege geht. Da werden wir auch wahrscheinlich noch einiges zu hören bekommen, weil diese Dinge, also wie soll ich mich ausdrücken, da ist es so, dass sich das Schnur immer enger für bestimmte Leute, und die Anna hat es gerade gesagt, zusammenzieht, nämlich für diejenigen, die nicht daher kommen mit einem riesigen Polster, sprich mit Erbschaften.

Und ganz zum Schluss wirklich nur dieses eine Schlusswort, es stimmt wirklich nicht, liebe Sissi, mit dem Eigentum, weil du kannst einer Sache sicher sein: Ich habe eine große Freude mit meiner Eigentumswohnung, die auch meine Mutter schon erwirtschaftet hat, also so einfach wäre es für mich alleine mit meinem Gehalt nicht gewesen, obwohl, wie du weißt, ich also 100 % gearbeitet habe über 40 Jahre, da musste schon vorgebaut werden und so ist es gelungen. Also ich habe eine große Freude damit, aber mit diesem Sager, ich erinnere an den Herrn Ex-Bundeskanzler Kurz, die einfachste Methode, nicht in die Armut zu gelangen, ist es Eigentum zu erwerben. Fragen Sie mich, wie wenig einfach das ist und wie lange man brauchen kann. Es kann Generationen dauern. Danke für die Aufmerksamkeit.

Stadtrat Riegler:

Also ich muss da ein paar Sachen sortieren, weil da sind jetzt relativ viele Dinge völlig wirr durch die Luft geschwirrt, die eigentlich nicht zueinander passen. Denn Frau Heinrichs und auch Frau Robosch: bei dem Paket der Bundesregierung geht es ja nicht

darum zu regeln, wie sozusagen die Richtung eines Gebäudes steuerlich abzugsfähig oder nicht abzugsfähig sein soll, sondern der Fokus, und das hat die Frau Gemeinderätin Potzinger hervorragend erklärt, dieses Milliardenpaket der Bundesregierung zielt ja darauf ab, dass sich eben durch die Subventionierung und durch die Unterstützung, durch die staatliche Unterstützung, die Schaffung von Wohnraum insofern vergünstigt, dass man sich es leichter leisten kann, Eigentum zu erwerben. Was Sie wollen, was die Frau Robosch will, was auch Sie als kommunistische Partei wollen, ist: Sie wollen also eine Förderungsmaßnahme abschaffen, die dazu dient, dass Wohnraum leistbar wird, und zwar egal, ob er jetzt gekauft oder gemietet wird. Da verwechseln Sie nämlich das nächste, weil grundsätzlich ist es ja einmal egal, ob eine Wohnung gekauft oder gemietet wird. Selbst wenn Sie der Meinung sind, dass das größte Glück auf Erden dann erreicht ist, wenn es kein privates Eigentum mehr gibt und alle nur mehr in Mietwohnungen wohnen, ist es trotzdem so, dass Ceteris Paribus die Kosten, wenn sie niedriger sind, dann zu einer leistbaren Miete führen.

Und Sie wenden sich also mit Ihrem dringlichen Antrag, Frau Katzensteiner, muss ich Ihnen leider sagen, da haben Sie einfach das nicht verstanden. Sie wenden sich mit Ihrem Dringlichen Antrag gegen ein Paket, das einzig und allein nur zum Ziel hat, dass das Errichten von Eigenheimen und das Erwerben von Eigenheimen günstiger wird. Was Sie niemals bewirken können im Petitionsweg, selbst wenn alle im Parlament in Wien auf einmal plötzlich sagen: „Ja, die Frau Katzensteiner hat recht und wir wollen jetzt den Kommunismus in Österreich“, aber selbst dann werden Sie das Steuersystem nicht ändern können. Und wenn ein privater Bauträger ein Gebäude errichtet, dann werden selbstverständlich immer die Einnahmen, die er daraus erzielt, steuerpflichtig sein, Körperschaftsteuer und werden andererseits die Errichtungskosten steuerlich abzugsfähig sein. Das heißt, Sie verwechseln jetzt zwei Dinge miteinander, nämlich die steuerliche Behandlung der Errichtungen eines Wohnhauses einerseits und andererseits ein Paket, das ausschließlich dazu dient, für Menschen, die es sich nicht leisten können, eventuell doch ein leistbares Eigenheim zu ermöglichen. Sie müssen sich halt ab jetzt gefallen lassen, wer immer da jetzt mitstimmt bei diesem völlig

unsinnigen Dringlichen Antrag. Wer immer da mitstimmt, muss sich im Klaren sein, sie müssen sich ab jetzt den Vorwurf gefallen lassen, dass sie sich dafür einsetzen, dass Wohnen anstatt günstiger zu werden und Wohnraum schaffen günstiger werden kann, teurer wird. Das bitte schön ist das, was sie heute hier beschließen.

Gemeinderat **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung. Ich möchte eigentlich bei den Worten vom Stadtrat Riegler anschließen. Die Lage ist eigentlich noch dramatischer. Wenn man diesen Antrag irgendwie zusammenfassen möchte, dann kann man den eigentlich nur als wirtschaftlichen Analphabetismus bezeichnen, nichts anderes ist er, denn im Grunde ignoriert er das eherne Gesetz eines freien Marktes. Nämlich von Angebot und Nachfrage. Wir haben hier ein steuerliches Paket und ich bin mit Sicherheit der Letzte, der diese Bundesregierung in irgendeiner Weise verteidigen möchte, aber in diesem Bereich haben wir ein Paket, wo im Prinzip ein Anreiz besteht, weiteren Wohnraum zu schaffen. Und wenn ich eine Angebotsausweitung vornehme, langfristig, natürlich nicht von heute auf morgen, aber langfristig vornehme, dann werde ich auch diese viel kritisierten hohen Mieten, diese viel kritisierten hohen Kosten im Bereich des Wohnens langfristig wieder zurückschrauben können. Und genau das ist das Verkennen dieser absoluten Grundlagen in einem wirtschaftlichen System, wie wir es eben besitzen. Und es ist durchaus teilweise kurios, wenn die Frau Kollegin Heinrichs sich da jetzt herstellt und irgendwie als die Beschützerin des Eigentums aufspielt. Es ist nahezu grotesk und bei jeder Gelegenheit wird der Pflegeregress vorgetragen, der in Wirklichkeit nur ein populistisches Mittel war, damit sie sich besser verkaufen können. Ja, genau so ist es eben, sie stimmen zu, und im Prinzip ist es nur als lächerlich zu bezeichnen, wenn man diese Grundregeln unseres Wirtschaftssystems von Angebot und Nachfrage ignoriert und einen so einen Antrag, der eigentlich nur vor Peinlichkeit strotzt, hier einbringt. Danke sehr.

Stadtrat **Krotzer**:

Ja, ein paar Dinge würde ich schon auch noch gerne auseinanderdröseln, bevor dann auch die Gemeinderätin Daniela Gamsjäger-Katzensteiner zum Schlusswort kommt. Aber es werden da immer sehr viele Dinge vermischt miteinander, bestimmt, aus, wie Elke Heinrichs auch schon gesagt, letztendlich aus ideologischen Gründen. Es ist ein großer Unterschied, ob wir von Eigenheim oder sozusagen auch Eigentum einer Wohnung sprechen, die dann auch von den Erwerbern und Erwerberinnen selbst genutzt wird, oder ob wir von Anlegerwohnungen sprechen. Und da haben wir sozusagen die alte Krux, die wir in so vielen Bereichen unseres Steuerwesens haben, dass diejenigen, die über Vermögen besitzen, völlig unverhältnismäßig zum Gesamtsteueraufkommen beitragen. Wir haben das in sehr, sehr vielen Bereichen, wo wir es eben nicht haben, Stichwort Vermögenssteuern, Stichwort Erbschaftsteuern. Österreich zählt in den OECD-Ländern zu den Ländern mit den geringsten Vermögensbesteuerungen unterhalb jener Vermögensbesteuerung, die in den USA vorgibt. Und wir können immer wieder darauf schauen, wie diese gewaltige Schere zwischen oben und unten auseinandergeht. Mittlerweile sind wir in der Situation, dass die fünf reichsten Österreicher, Österreicherinnen mehr besitzen als die 50 % der untersten Bevölkerungsanteile. Das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen. Fünf Personen besitzen mehr als 4,5 Millionen Österreicherinnen und Österreicher. Und da finden wir das exemplarisch wieder, dass diejenigen, die Vermögen haben, die eben dann auch entsprechende Mittel haben, sich Anlegerwohnungen kaufen zu können, dass die dafür auch noch steuerlich begünstigt werden. Und das ist die Forderung hier, dass man mit dieser steuerlichen Ungleichbehandlung aufhört. Eins muss ich schon noch sagen, lieber Günter Riegler, wenn du sagst, diejenigen, die zustimmen, müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, dass das Wohnen teurer wird. Und Ihr tut jetzt als ÖVP plakatieren, die traurige Bilanz, und nennt dort, dass das Wohnen teurer wird. Und da muss ich schon sagen, das ist eigentlich eine unglaubliche Unverschämtheit, die sich die ÖVP hier leistet. Ich erinnere an das Frühjahr 2023 und die Tatsache, dass dort die Kategorie Mieten um 8,6 % gestiegen sind. Es war die ÖVP,

die monatelang allen versprochen hat, na das wird nicht kommen, wir werden irgendeine Form von Mietpreisbremse einführen, bis man das wenige Wochen oder wenige Tage, bevor das automatisch nach oben gegangen ist, sozusagen das alles platzen hat lassen. Ich glaube, die Mieterinnen und Mieter wissen, wem sie das zu verdanken haben, diesen astronomischen Anstieg der Mieten. Ich darf auf der anderen Seite sagen, und das können Sie auch auf Ihren Plakaten schreiben, dass es genau die Stadt Graz gewesen ist, die hier einen anderen Weg gegangen ist. Nämlich in den städtischen Gemeindewohnungen, wo die Mieterhöhungen 2022 und 2023 ausgesetzt worden sind und bis 2026 um insgesamt 6 % gedeckelt sind. Das vielleicht noch zur Erinnerung.

Stadtrat **Eber**:

Der Herr Stadtrat Günter Riegler möchte eine tatsächliche Berichtigung machen.

Stadtrat **Riegler**:

Die tatsächliche Berichtigung bezieht sich auf die vermeintliche Unterscheidung zwischen Anlegerwohnungen und Nichtanlegerwohnungen. Die gibt es nicht. Jede Wohnung ist eine Anlage, es ist eine Kapitalanlage und das spielt überhaupt gar keine Rolle, wer jetzt Eigentümer einer Wohnung ist, ob es eine Anlegerwohnung ist oder nicht. Also auch ein sozialer Wohnbau ist genauso eine Kapitalanlage, weil es werden Kapitalien angelegt, um Wohnraum zu schaffen. Die zwei Möglichkeiten, die es prinzipiell gibt, sind eben der Weiterverkauf oder die Vermietung. Tatsache ist, dass dieses Paket, gegen das ihr euch wendet, wenn das so beschlossen würde, wie ihr das gerne hättet im Nationalrat, dann verteuert das die Errichtung von Wohnraum und das wird früher oder später, siehe auch heute schon einmal die Diskussion, bei den Mietern oder bei den Käufern ankommen, also was ihr hier beschließt, ist eine Verteuerung der Schaffung von Wohnraum.

Stadtrat **Eber**:

Es bräuchte jetzt fast eine tatsächliche Berichtigung zur Berichtigung, aber gibt es weitere Wortmeldungen. Wenn das nicht der Fall ist, ersuche ich die Antragstellerin zum Schlusswort.

Gemeinderätin **Gamsjäger-Katzensteiner**:

Zunächst einmal danke für die konstruktiven Wortmeldungen. Es hat auch weniger Konstruktives gegeben, aber Anna und Robert, danke euch auf jeden Fall für eure ausführliche Wortmeldung, da erspare ich mir jetzt einige Dinge beim Schlusswort. Vielleicht noch kurz eben auf diese Definition Anlage oder Vorsorgewohnung. Laut Finanz.at ist eine Vorsorgewohnung eine spezielle Form der Eigentumswohnung, deren Hauptzweck es nicht ist selbst darin zu wohnen. Der Sinn liegt darin durch Mieteinnahmen und Steigerung des Wohnungswertes das eingesetzte Kapital zu vermehren. Vorteil einer Vorsorgewohnung ist, möglichst ein arbeitsfreies zusätzliches Einkommen zu erzielen, Vorsorgewohnungen ohne Umsatzsteuer, also zum Nettopreis gekauft. Weiterer Vorteil ist zum Beispiel eine automatische Anpassung an die Inflation, man muss sich also keine Sorgen eben um die Inflation machen und so weiter und so fort. Also, das ist die Definition einer Anlage- oder Vorsorgewohnung und genau darum geht es und nicht um die Wohnung, in der man selbst wohnt. Werbung für solche Anlegerwohnungen konnte man im Grazer Stadtbild in den letzten Jahren oft sehen. Da habe ich mich immer darüber gewundert. Deswegen ist mir das ja schon lange ein Dorn im Auge, und ich bin froh, dass die Kollegin eben diesen Ansatz heute vorbereitet hat, wo explizit beim Baugrundstück schon mit Pannen geworben wird. Sorgen Sie für Ihre Pensionsform mit Anlegerwohnungen, sicheres Einkommen, weil Wohnraum wird immer gebraucht. Die Leute müssen immer wohnen. Also, das ist quasi eine bombensichere Anlage. So wird da mit Wohnraum geworben, sozusagen. Und man kann sich ja eben vorher das Ganze, was aufgezählt worden ist, darüber streiten über das Wohnbaupaket, das da gemacht worden ist. Das hat aber jetzt nichts

mit der Abschaffung dieser Steuerbegünstigung zu tun. Die ÖVP könnte dieser unsinnigen Steuerbegünstigung hier, dass man das abschafft, zustimmen. Ob das dann umgesetzt wird, ist eine ganz andere Sache. Ihr könntet zustimmen, ohne, dass davon irgendwie die zuvor getroffenen Bundesmaßnahmen irgendwie betroffen wären. Aber warum macht man das nicht? Weil man ein gewisses Klientel schützen möchte, das nämlich viel Geld hat, weil andere Leute können sich eh keine Anlegerwohnung leisten, um ihr Kapital zu vermehren, genau dieses Klientel möchte man schützen. Deswegen wird man hier dem nicht zustimmen und noch einmal auf den Kollegen Winter. Ja, wir leben in einer Marktwirtschaft, es gibt aber viele Dinge, leider auch, die der Markt so nicht richtet. Deswegen greift der Staat ja ein, es gibt eben keine absolut libertäre Marktwirtschaft, das sehen wir in vielen Bereichen, und Wohnen ist genau auch so ein Bereich, in dem wir denken, dass der Markt dort eben nicht alles richtet und dass es staatliche Eingriffe bedarf. Deswegen bitte ich jetzt noch einmal um Zustimmung zu diesem Antrag. Danke.

Stadtrat **Eber**:

Wir kommen zur Abstimmung über diesen Dringlichen Antrag. Wer zustimmt, den ersuche ich um ein Zeichen. Danke schön, Gegenprobe. Jawohl, danke, damit ist dieser Dringliche Antrag angenommen.

Der Dringliche Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, NEOS, FPÖ, GR Eustacchio).

8.2 Fußgängerschutzzone Innenstadt

(CO GRⁱⁿ Gmeinbauer, ÖVP)

Clubobfrau **Gmeinbauer**:

Danke schön. Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielleicht gehen wir es ein bisschen unemotionaler an und ich darf euch auf einen Spaziergang in die Innenstadt mitnehmen. Nämlich bei unserem Dringlichen geht es darum, dass wir das schwächste Glied in unserer Verkehrskette schützen, das sind die ungeschützten Fußgänger. Auch als Verkehrsteilnehmer ein wichtiger Teil. Faktum ist, dass das Konfliktpotential nämlich genau dort erhöht ist, wo Rad- und Fußverkehr sich die Fläche gleichzeitig teilen sollen. Dahingehend kann ich persönlich sehr emotional werden, wenn ich bei uns in der Innenstadt mich zwischen den Radfahrern und diesen E-Mopeds in Sicherheit bringen muss, auch wenn ich mich in einer Fußgängerzone wähne. Konflikte und im schlimmsten Fall Unfälle entstehen vor allem dann, wenn eben auf dieser gemeinsamen Fläche keine Rücksicht auf Fußgänger genommen wird und die Geschwindigkeit dieser Radfahrer und die mit diesen E-Mopeds herumfahren auch keine Rücksicht nehmen. Die Entwicklung von Unfällen mit Fußgängen, die im Zusammenhang mit Radfahrern passieren, zeigt die Statistik Austria, dass eine Steigerung im Zeitraum von 2013 bis 2022 immerhin von 31 % ist.

Diese Gefahrenpotenziale verschärfen sich zusätzlich durch motobetriebene Scooter, wie schon angesprochen, die durch ihre meist überhöhte Geschwindigkeit, nicht nur Fußgänger und hier vor allem Kinder und ältere Personen gefährden, sondern auch zu einer erheblichen Gefährdung für Radfahrer selbst geworden sind.

Für Graz ergibt sich das bemerkenswerte Bild, dass Maßnahmen zur Sicherheit der Fußgänger in der Innenstadt nicht mit der Zunahme an Radinfrastruktur und steigender Radnutzung korrelieren. Die Neuverteilung des öffentlichen Raums zugunsten der Radfahrer darf aber keinesfalls zulasten der Fußgänger passieren, in Graz erleben wir aber derzeit leider diesen Effekt. Und so ist es umso mehr an der Zeit und vielleicht auch gerade jetzt die richtige Zeit, dass wir hier noch unsere Idee

einbringen können und dass man dahingehend auch ein bisschen umdenkt. So wird derzeit für den Grazer Radverkehr als Meilenstein gepriesene Schluss des Inneren Rings vom Opernring und Joanneumring mit dem einhergehenden Megaprojekt des Neutorviertel ohne entsprechende Maßnahmen für Fußgänger ergänzt, denn durch den steigenden Radverkehr werden die Räume und exklusiven Zonen für Fußgänger auch immer enger und immer rarer. Analog zum neuen Innenstadtring für den Radverkehr soll daher nun auch eine echte Zone für sicheres Zu-Fuß-Gehen in der Innenstadt entstehen.

Dieser Fußgängerring, analog zum zukünftigen Radfahrring, soll unsere Gassen, Wege und Plätze umfassen, die grundsätzlich für Fußgänger konzipiert waren und ein unbeschwertes, freies und sicheres Gehen von Fußgängern, Familien mit Kleinkindern, beeinträchtigten Personen und Senioren gewährleistet sind. Und da schwebt mir dieser Ring vor wie folgt, nämlich vom Hauptplatz über Schmiedgasse, Stubenberggasse, Hans-Sachs-Gasse, Tummelplatz, Bischofsplatz, Färberplatz bis hin zur Schmiedgasse. Im Zuge der Errichtung und Neugestaltung diverser Radwege in der Innenstadt sollte man diese einmalige Chance, wie schon angesprochen, nutzen und die genannten Gassen und Plätze zu echten Fußgängerzonen machen, die den Fußgängerverkehr, das Verweilen in der Stadt und die Sicherheit erhöhen.

Daher stelle ich folgenden

Dringlichen Antrag:

Die für Verkehr zuständige Vizebürgermeisterin - auch wenn sie jetzt nicht anwesend ist - wird ersucht zu prüfen, ob eine Umsetzung echter Fußgängerzonen, wie schon aufgezählt, Radverkehr analog zur Herrngasse, nur in den Tagesrandzeiten erlaubt, in den genannten Straßenzügen zeitnah möglich ist.

Ich würde mich über eine Annahme sehr freuen. Danke schön.

Originaltext des Dringlichen Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Fußgängern gebührt im Straßenverkehr ein besonderer Schutz, denn sie gehören zur großen Gruppe der ungeschützten Verkehrsteilnehmer.

Es ist Faktum, dass sich das Konfliktpotenzial erhöht, sobald sich Rad- und Fußverkehr eine Fläche teilen und eine größere Anzahl an Nutzenden gleichzeitig aufeinandertrifft und an diese Flächen unterschiedliche Nutzungsansprüche stellt.

Das ist besonders im innerstädtischen Bereich unserer Stadt der Fall. Hier stellt für den Fußgänger das Verweilen und Flanieren einen wesentlichen Nutzungsanspruch dar, währenddessen der Radfahrer naturgemäß versucht, sein Ziel zügig zu erreichen. Konflikte - und im schlimmsten Fall Unfälle - entstehen vor allem dann, wenn auf gemeinsamen Geh- und Radwegen keine Rücksicht auf die Fußgeher genommen wird und die Geschwindigkeit sich nicht dem Fußverkehr anpasst. Die Entwicklung von Unfällen mit Fußgängern, die in Zusammenhang mit Radfahrern passiert sind, zeigt laut Statistik Austria eine Steigerung im Zeitraum von 2013 bis 2022 von 31%.

Zu dieser objektiven Gefahr für Fußgänger kommt in Folge dessen meist das subjektive Gefahrempfinden, das wiederum zur Folge hat, dass Fußgänger im schlimmsten Fall diese gemeinsamen Flächen meiden und so aus der Stadt vertrieben werden.

Diese Gefahrenpotenziale verschärfen sich zusätzlich durch motorbetriebene Scooter, die durch ihre meist überhöhte Geschwindigkeit nicht nur Fußgänger - und hier vor allem Kinder und ältere Personen - gefährden, sondern auch zu einer erheblichen Gefährdung für die Radfahrer selbst geworden sind.

Für Graz ergibt sich das bemerkenswerte Bild, dass Maßnahmen zur Sicherheit der Fußgänger in der Innenstadt nicht mit der Zunahme an Radinfrastruktur und steigender Radnutzung korrelieren.

Die Neuverteilung des öffentlichen Raums zugunsten der Radfahrer darf aber keinesfalls zulasten der Fußgänger passieren. In Graz erleben wir aber leider zum Teil diesen Effekt.

So wird der für den Grazer Radverkehr der als Meilenstein gepriesene Schluss des inneren Rings von Opern- und Joanneumring mit dem einhergehenden Megaprojekt Neutorviertel, ohne entsprechende Maßnahmen für Fußgänger ergänzt. Denn durch den steigenden Radverkehr werden die Räume und exklusiven Zonen für Fußgänger immer enger und rarer.

Schon jetzt gibt es einen zunehmenden Radverkehr in der viel diskutierten Schmiedgasse, aber auch in der Stubenberggasse, Hans-Sachs-Gasse, und sogar in der Sporgasse, dem Hauptplatz, Tummelplatz, Bischofsplatz und Färberplatz, der immer wieder eine erhöhte Unfallgefahr darstellt.

Analog zum neuentstehenden Innenstadtring für den Radverkehr, soll daher nun auch eine echte Zone für sicheres Zufußgehen in der Innenstadt entstehen. Dieser Fußgängerring muss daher Gassen, Wege und Plätze umfassen, die grundsätzlich für Fußgänger konzipiert waren und sind und ein unbeschwertes, freies und sicheres Gehen von Fußgängern, Familien mit Kleinkindern, beeinträchtigten Personen und Senioren gewährleistet. Das sind vor allem die bereits genannte Schmiedgasse, Stubenberggasse, Hans-Sachs-Gasse, die Sporgasse, der Hauptplatz, Tummelplatz, Bischofsplatz und Färberplatz. Im Zuge der Errichtung und Neugestaltung diverser Radwege in der Innenstadt, sollte man diese einmalige Chance nutzen und die genannten Gassen und Plätze zu echten Fußgängerzonen machen, die den Fußgängerverkehr, das Verweilen in der Stadt und die Sicherheit erhöhen sollen.

Daher stelle ich im Namen des Gemeinderatsclubs der Grazer Volkspartei den folgenden

Dringlichen Antrag

Die für Verkehr zuständige Vizebürgermeisterin Judith Schwentner wird ersucht zu prüfen ob eine Umsetzung echter Fußgängerzonen (Radverkehr analog zur Herrengasse nur in den Tagesrandzeiten erlaubt) in den genannten Straßenzügen zeitnah möglich ist.

Klubobmann **Dreisiebner:**

Liebe Frau Antragstellerin, geschätztes Gemeinderatsgremium, geschätzte Stadtregierung. Nein, ganz ohne Antwort soll das hier nicht von statten gehen. Grundsätzlich erfreulich, dass die ÖVP sich Gedanken macht über die aktive Mobilität und auch über die Sicherheitsparameter für alle Menschen. Ich darf aber grundsätzlich schon einmal eine Sache vorausstellen: Wenn man sich leider, und man muss es ja tun, ansieht, wie wir miteinander, wie die Gesellschaft, die Mitglieder der Gesellschaft miteinander mit den unterschiedlichen Verkehrsmitteln, mit denen sie unterwegs sind, miteinander umgehen, dann gibt es ja ganz massiven Bedarf an mehr Awareness, an mehr Rücksicht und an mehr - ich gebe dir jetzt den Raum, obwohl ich den Vorrang hätte - denken, leider ist das nicht so. Das trifft Autofahrer:innen, das trifft Berufskraftfahrer:innen, LKWs etc., das trifft Radfahrer:innen und zum gewissen Maß bestimmt auch Fußgänger:innen, die vielleicht auch nicht immer ganz genau schauen, weil das Handy gerade so interessant ist oder wo auch immer das Thema ist. Auf jeden Fall gibt es in unserer Gesellschaft ganz massiven Bedarf, sich dessen mehr bewusst zu machen, was wir uns hier antun bzw. was wir uns ersparen könnten. Sprich Unfälle, Verletzungen oder gar Todesfolge.

Ich verwehre mich schon sehr dagegen, hier einfach eine Statistik herauszunehmen, um in einem gewissen Zeitraum und ohne das weiter ein wenig auseinander zu dividieren, eine Unfallsteigerung zwischen Radfahrer:innen und Fußgänger:innen herzustellen. Zum einen geht es hier um ganze Ortsgebiete, kleine Orte, aber wenn ich

in Graz bleibe, um alle Grazer Stadtgebiete mit B-Landstraßen, mit untergeordneten Straßen und natürlich auch Innenstadt und vielen anderen Dingen, wo wir aufeinandertreffen.

Und ja, auch da hat es Steigerungen gegeben und wenn man sich aber anschaut, wie die Zunahme des E-Bikes zum Beispiel in diesem Zeitraum aussieht, dann ist vieles von dieser Unfallhäufungssteigerung und dieser Steigerung an Verletzten damit schon erklärt. Ich meine, der Antrag greift einfach diesbezüglich auch zu kurz, weil es um mehr geht als nur um die innerste Innenstadt, wo wir in einer Fußgängerzone unterwegs sind, wo leider einige Radfahrer:innen sich nicht so verhalten, aber die meisten sehr wohl so verhalten, dass es miteinander gehen könnte.

Schlussendlich hat diese Stadtregierung und die Verkehrsstadträtin Judith Schwentner die Fußgänger:innenbeauftragte installiert. Heute wurden zum Beispiel 2,3 Millionen € für Maßnahmen im Bereich Masterplan Gehen beschlossen, der ja auch ein wichtiges Projekt ist. Wir versuchen, mit dem Auseinanderklauben zwischen Radfahrern und Fußgehern genau diese Konflikte, von denen hier gesprochen wird, zu reduzieren. Es wird, das ist unsere Prognose, auch ohne dass wir noch ein Taferl aufstellen, wenn dieser Innenstadtring fertig ist entlang des Joanneumrings beziehungsweise Neutorgasse, Raubergasse, so wie die kleine Neutorgasse jetzt schon läuft, weniger Radverkehr in den genannten Fußgängerzonenbereichen stattfinden.

Das Letzte, was ich noch sagen möchte, ist, dass viele dieser Straßen - Sporgasse nenne ich nur – sind jetzt schon komplett verboten für Radfahrer:innen. Das ist auch kein politischer Auftrag, das ist ein Auftrag an die Exekutive. Nein, keine Dringlichkeit und trotzdem danke, dass ihr euch dem Thema annimmt.

Stadtrat **Eber**:

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Wenn das nicht der Fall ist, ersuche ich um ein Schlusswort zur Dringlichkeit.

Clubobfrau **Gmeinbauer:**

Lieber Kollege Klubobmann Karl Dreisiebner, du warst da schon einmal besser drauf, muss ich ehrlich sagen. Ich meine, so softy über so ein Thema zu reden, das braucht auch eine Grundlagenforschung, muss ich dir ehrlich sagen. Und ich muss auch sagen, ja, du hast recht, Masterplan Gehen, haben wir heute beschlossen. Und da fließen auch viele Millionen hinein. Nur das, was wir einfordern, braucht keine neuen Tafeln, das braucht auch kein Geld. Sondern wir brauchen nur das Zeichen Radfahrer in der Fußgängerzone - Nein, das gibt es nicht mehr. Und wenn du davon sprichst, dass wir halt Awareness brauchen, dann möchte ich bitten, dass du deine, eure Klientel bitte dazu anhaltest, dass sie nicht die Sporgasse rauf- und runterfahren am Tag, denn das war gestern der Fall, am Nachmittag um 15 Uhr. Bitte nicht mit den E-Scootern hinter der Straßenbahn nachfahren, das war auch gestern um 15 Uhr am Nachmittag.

Du kannst gerne noch einmal rauskommen, dann diskutieren wir noch einmal.

Aber das ist ein Blödsinn gewesen, was du da jetzt in Argumentation aufgeführt hast, und da muss ich wirklich sagen, ihr seid es mit den Fahrrädern, ihr nehmt euch jeden Platz, ihr tut keine Straßentafel, ist bei euch noch irgendwo eine auf Rücksichtnahme. Ihr fahrt kreuz und quer durch die Innenstadt, und wenn du glaubst, wenn der Ring fertig ist, dass die dann freiwillig sagen: „Jetzt fahre ich da draußen, weil da habe ich jetzt meinen Highway“, und nicht mehr die Abkürzung durch die Schmiedgasse und den anderen Gassen, werde ich dich darauf aufmerksam machen und werde noch einmal da stehen und dich bitten, dass du ernsthaft darüber nachdenkst, dass wir die Innenstadt als Innenstadt für die Fußgänger und für unsere Kinder, wenn wir hier flanieren wollen, freimachen und den Radfahrer bitten, er soll absteigen und das Rad schieben. Danke.

Stadtrat **Eber:**

Danke. Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer der Dringlichkeit zustimmt, bitte um ein Zeichen. Danke, Gegenprobe. Damit hat dieser Antrag keine

Dringlichkeit und wir kommen zum nächsten Dringlichen Antrag der ÖVP. Eingbracht von Kollegen Georg Topf.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich abgelehnt (gegen ÖVP, KFG, NEOS, FPÖ, GR Eustacchio).

8.3 Anschluss NVK Don Bosco und NVK Kärntnerstraße an das Straßenbahnnetz in Graz

(GR DI Topf, ÖVP)

Gemeinderat **Topf:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, hohe Stadtregierung, werte Kollegen des Gemeinderates, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer. Bei diesem Dringlichen Antrag geht es darum, dass wir möglichst rasch den Nahverkehrsknoten Don Bosco und den Nahverkehrsknoten Kärntnerstraße an das Straßenbahnnetz in Graz anschließen. Vor einem Jahr, am 25. Mai 2023, konnten wir hier im Gemeinderat einen Beschluss betreffend Weichenstellung für die Weiterentwicklung des öffentlichen Verkehrs in Graz, einen Grundsatzbeschluss, mit großer Mehrheit fassen, der einerseits den öffentlichen Verkehr für die Grazerinnen und Grazer massiv verbessern sollte und andererseits auch als Angebot für die zahlreichen Pendlerinnen und Pendler zu bezeichnen ist, auch innerhalb – und das ist entscheidend – auch innerhalb von Graz auf den ÖV umzusteigen und das möglichst – und das betone ich jetzt noch einmal ausdrücklich – und das möglichst rasch und zeitnah. Gemeinsam haben wir beschlossen, dass durch die Straßenbahn innerhalb von Graz die Feinverteilung erfolgen soll. Wir haben ja das Mini-Metroprojekt ad Acta gelegt, jedenfalls die Mehrheit, und diese dazu, das adäquate Verkehrsmittel darstellt. Diese Maßnahme ist wesentlich rascher umsetzbar als der ohnehin offenbar ins Stocken geratene S-Bahn-

Tunnel. Wir haben darüber schon diskutiert. Die S-Bahn wird ja dank den Schritten des Bundes und des Landes Steiermark auch in den kommenden Jahren eine Taktverdichtung erfahren, neue Streckenangebote sind zu erwarten und die entsprechenden Pläne für den Ausbau der Nahverkehrsknoten in Graz sind uns alle hinlänglich bekannt. Entscheidend, und das unterstreiche ich jetzt auch wieder, ist daher zum jetzigen Zeitpunkt, dass wir rasch beginnen, diese Nahverkehrsknoten an das Straßenbahnnetz anzuschließen. Die Überlegungen wurden seitens meiner Fraktion auch bereits in den Grundsatzbeschluss, den ich vorher zitiert habe, vor einem Jahr integriert. Zwei Nahverkehrsknoten haben derzeit aus unserer Sicht eine planerische Entwicklung, nämlich Don Bosco und Kärntnerstraße, die in dem einen Fall gar keinen Anschluss und in einem anderen Fall, nämlich Don Bosco, kurzfristig keinen Anschluss erlauben. Hier gäbe es allerdings sinnvolle Alternativen, werde ich gerne dem Gemeinderat als Vorschlag zur Verfügung stellen.

Einerseits handelt es sich um den Nahverkehrsknoten im Don Bosco. Prinzipiell ist ja der Anschluss mittels einer Linie 8 angedacht, siehe Masterplan ÖV Südwestlinie Grundsatzbeschluss vom Juli 2022. Die Strecke Jakominiplatz-Griesplatz-Karlauerstraße-Citypark-Hohenstaufengasse-Don Bosco ist sicherlich langfristig eine gute Idee, allerdings sehen wir derzeit, bis auf eine Potentialanalyse, auf die wir noch warten müssen, offensichtlich, keine konkreten Planungsschritte. Daher schlagen wir eine kürzere Variante mit einer Linie 18 vor. Das ist jetzt sozusagen das Pendant zur Linie 15, die wir seinerzeit schon öfters diskutiert haben. Es handelt sich um eine Linie 18 über Karlauergürtel-Herrgottwiesgasse-Citypark-Hohenstaufengasse-Don Bosco, also der Südteil, wenn man so will, der Linie 8 mit dem Anschluss an die Linie 5. Dieser Streckenabschnitt sollte vorgezogen und rasch umgesetzt werden. Da gibt es natürlich auch Interessen aus der Wirtschaft, wenn ich das so sagen darf. Damit wäre eine rasche Anbindung eines bereits bestehenden Nahverkehrsknoten an das Straßenbahnnetz möglich, unabhängig davon, wie die Variantenuntersuchung sozusagen im nördlichen Teil der Südwestlinie ausschauen.

Andererseits ist derzeit die Verlängerung der Linie 5 angedacht. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, da die derzeitigen Planungen eine Anbindung des zukünftigen Nahverkehrsknotens Kärntnerstraße an die Straßenbahn nicht vorsehen. Tatsächlich soll das Gleis ca. 300 Meter vor dem Nahverkehrsknoten enden. Diese Überlegungen verhindern ein aktives Umsteigen von der S-Bahn auf die Straßenbahn. Die einzige sinnvolle Lösung wäre aus unserer Sicht, eher langfristig natürlich gedacht, die Durchbindung der 5er zur geplanten Linie 8, um damit eine Einbindung des Nahverkehrsknoten Kärntnerstraße an die Straßenbahn zu ermöglichen. Ich ersuche dringend, diese Überlegungen zu prüfen, insbesondere im Hinblick auf die Baumaßnahmen, beim Nahverkehrsknoten Kärntnerstraße. Aus diesem Grund stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsklubs folgenden

Dringlichen Antrag,

die zuständigen Abteilungen der Stadt Graz werden gebeten, folgendes zu prüfen: Eine rasche Anbindung des Nahverkehrsknoten in Don Bosco mittels der Streckenvariante - jetzt sage ich 18 dazu, früher 15 – Karlauergürtel-Herrgottwiesgasse-Citypark-Hohenstaufengasse-Don Bosco.

Zweitens eine tatsächliche Anbindung des Nahverkehrsknotens Kärntnerstraße durch eine mögliche Durchbindung der Linie 5 an die Linie 8. Ein entsprechender Bericht soll dem Gemeinderat bis zur September-Sitzung oder auch dem Ausschuss vorgelegt werden.

Ich ersuche um Annahme dieses Dringlichen Antrages.

Originaltext des Dringlichen Antrages:

Vor einem Jahr konnten wir hier im Gemeinderat einen Beschluss mit großer Mehrheit fassen, der einerseits den öffentlichen Verkehr für die Grazerinnen und Grazer massiv verbessern sollte und andererseits auch als ein Angebot für die zahlreichen Pendlerinnen und Pendler zu bezeichnen ist, auch innerhalb von Graz auf den ÖV

umzusteigen.

Gemeinsam haben wir beschlossen, dass durch die Straßenbahn innerhalb von Graz die Feinverteilung erfolgen soll und diese dazu das adäquate Verkehrsmittel darstellt. Diese Maßnahme ist wesentlich rascher umsetzbar als der ohnehin offenbar ins Stocken geratene S-Bahn-Tunnel.

Die S-Bahn wird ja Dank den Schritten des Bundes und des Landes Steiermark auch in den kommenden Jahren eine Taktverdichtung erfahren. Neue Streckenangebote sind zu erwarten und die entsprechenden Pläne für den Ausbau der Nahverkehrsknoten in Graz sind uns allen hinlänglich bekannt.

Entscheidend ist daher zum jetzigen Zeitpunkt, dass wir rasch beginnen, diese Nahverkehrsknoten an das Straßennetz anzuschließen. Die Überlegungen wurden seitens meiner Fraktion auch bereits in den Grundsatzbeschluss vor einem Jahr integriert. Zwei Nahverkehrsknoten haben derzeit aus unserer Sicht eine planerische Entwicklung, die in dem einen Fall gar keinen Anschluss und im anderen Fall kurzfristig keinen Anschluss erlauben. Hier gäbe es allerdings sinnvolle Alternativen, die wir dem Gemeinderat gerne als Vorschlag zur Verfügung stellen.

Einerseits handelt es sich um den Nahverkehrsknoten Don Bosco. Prinzipiell ist ja ein Anschluss mittels der Linie 8 angedacht. Die Strecke Jakominiplatz - Griesplatz - Karlauerstraße - Citypark - Hohenstaufengasse - Don Bosco ist sicherlich langfristig eine gute Idee, allerdings sehen wir derzeit bis auf eine Potentialanalyse keine konkreten Planungsfortschritte.

Daher schlagen wir eine kürzere Variante mit einer Linie 18 über Karlauergürtel - Herrgottwiesgasse - Citypark - Hohenstaufengasse - Don Bosco vor. Dieser Streckenabschnitt sollte vorgezogen und rasch umgesetzt werden. Damit wäre eine

rasche Anbindung eines bereits bestehenden Nahverkehrsknoten an das Straßenbahnnetz möglich.

Andererseits ist derzeit die Verlängerung der Linie 5 angedacht. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, da die derzeitigen Planungen eine Anbindung des zukünftigen Nahverkehrsknoten Kärntnerstraße an die Straßenbahn nicht vorsehen. Tatsächlich soll das Gleis ca. 300 m vor dem NVK enden. Diese Überlegungen verhindern ein aktives Umsteigen von der S-Bahn auf die Straßenbahn. Die einzig sinnvolle Lösung wäre die Durchbindung des 5ers zur geplanten Linie 8 und damit eine Anbindung des NVK Kärntnerstraße an die Straßenbahn.

Aus diesem Grund stelle ich namens des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden

Dringlichen Antrag:

Die zuständigen Abteilungen der Stadt Graz werden gebeten, folgendes zu prüfen:

- 1. Eine rasche Anbindung des NVK Don Bosco mittels der Streckenvariante Karlauergürtel - Herrgottwiesgasse - Citypark - Hohenstaufengasse - Don Bosco.*
- 2. Eine tatsächliche Anbindung des NVK Kärntnerstraße durch die Durchbindung der Linie 5 an die Linie 8.*
- 3. Ein entsprechender Bericht soll dem Gemeinderat bis zur Septembersitzung vorgelegt werden.*

Vorsitzwechsel – VizeBgm Mag. Schwentner übernimmt den Vorsitz (17.42 Uhr).

Gemeinderat **Kozina-Voit:**

Die beiden Verkehrssprecher heute mehrmals im Einsatz.

Ja, liebe alle, lieber Georg, danke für diesen Dringlichen Antrag. Ich glaube, der ÖV-Ausbau ist einer der wichtigsten Bausteine jetzt, was die zukunftsfähige Mobilität betrifft. Was ich aber nicht so stehen lassen kann, ist diese Geschichte, die immer wieder erzählt wird, dass das in Stocken geraten sei oder sonst was. Das Gegenteil ist wahr. Wir haben seit heuer zwei neue Stellen, früher waren wir selbst hier ziemlich allein auf weiter Flur. Das Ganze hat Fahrt aufgenommen und läuft auf Hochtouren. Das betrifft natürlich die ganze S-Bahn-Geschichte, wie es eh schon mehrfach genannt wurde, aber eben auch die Straßenbahnen.

Ganz konkret zu diesen beiden Punkten, zum ersten Punkt, da ist es derzeit so, dass das geprüft wird, auch abschnittsweise, das zu bauen, wenn das dann schneller geht tatsächlich, also das ist eben gerade in der Prüfung, weil natürlich sind wir uns alle einig, das sollte möglichst schnell passieren und wenn es möglich ist, gewisse Teile dann schneller zu bauen als andere, dann fangen wir doch lieber dort an. Die Anbindung von Don Bosco, das hat ja schon immer Priorität, das war ja schon die Idee, wie man den Nahverkehrsknoten errichtet hat, das hätte 2017 irgendwann einmal fertig sein sollen, jetzt haben wir 2024. Jetzt hoffen wir, dass wir das in den nächsten Jahren wirklich auf Schiene bringen im wahrsten Sinne des Wortes und wenn das so schneller geht, dann spricht da nichts dagegen, aber wie gesagt, das wird gerade geprüft.

Der zweite Teil mit dem Nahverkehrsknoten Kärntnerstraße, GKB, Bahnhaltestelle Webling, die dort ist zurzeit, da ist es ja so, dass es verschiedene Varianten gibt, wie die Straßenbahn noch verlängert werden könnte. Eine Variante ist den Fünfer eben dort hinzuverlängern oder vielleicht auch noch weiter. Tatsache ist aber, für die GKB-Strecke gibt es eine Station in Wetzelsdorf, die eben den Anschluss an die Innenstadt gewährleisten soll. Das heißt, dort hat man in Zukunft die Südwestlinie, die Linie 8. Dort kann ich mit der Straßenbahn in die Innenstadt umsteigen. In Webling kann sein, dass die Funktion eher ist, dass die Tangentialverbindungen von dort ausgehen. Das

heißt, dass ich dann mit dem Bus, mit dem 65er jetzt natürlich, in Richtung Osten komme, dass ich in den Norden komme mit einem 31er oder 62er. Dass ich dann dort auch den 32er habe, der schon auch in die Stadt hinein führt, aber wenn ich in die Straßenbahn einsteige, dass ich eben eine Station weiter fahre, wenn ich in der GKB sitze. Also, das alles sind so Varianten, über die hier diskutiert wird, wo man schauen muss am Ende natürlich, was hier sinnvoll ist. Man hat dort auch ein Potential, man hat ja auch das Shoppingcenter West und andere Dinge, aber da sind eben die Experten dran, diese Varianten zu prüfen. Insofern ist es jetzt nicht dringlich, da noch einmal zusätzlich einen Antrag mitzugeben, sondern da einfach zu schauen, was da rauskommt.

Ich habe aber jetzt mit dem Manuel vorher gesprochen, dass wir vielleicht im Herbst auch wieder im Ausschuss einen Infobericht auf jeden Fall machen werden, den du im September angesprochen hast, einfach da wieder den aktuellen Stand, das aktuelle Update, weil es ist klar, natürlich bei so wichtigen Dingen will man immer wissen, was da Stand ist und insofern, glaube ich, macht es dann Sinn ein Update regelmäßig zu bekommen. Danke.

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Gibt es weitere Wortmeldungen? Keine weiteren Wortmeldungen zur Dringlichkeit.
Wünscht der Antragsteller ein Schlusswort?

Gemeinderat **Topf:**

Mir ist es darum gegangen, zu prüfen. Das Ansinnen war, das möglichst rasch für die Pendlerinnen und Pendler auf die Schiene zu bringen. Im wahrsten Sinne des Wortes, mit dem Straßenbahnanschluss. Gerade diese Durchbindung des 5er scheint mir insofern wichtig, weil wir genau das erreichen wollen, was du jetzt ansatzweise gesagt hast, nämlich dass über die GKB-Strecke diejenigen Leute, die in den Osten wollen,

über eine Anbindung des 5er relativ rasch die Möglichkeit haben, nicht über die Innenstadt, über den 32er oder wie auch immer sozusagen ihr Ziel zu erreichen, um möglichst rasch tangential an der Südseite oder über die Bezirke Puntigam-Strassgang-Puntigam-Liebenau in den Osten zu kommen. Deshalb ist es aus unserer Sicht sehr gut, wenn man oder dringlich das zu überprüfen, wie schnell man das umsetzen kann. Es geht ja darum, dass wir nicht immer wieder darüber nachdenken müssen, wie wir den 32er, der schon überlastet dort ankommt, sozusagen möglicherweise noch mit einem nächstfolgenden Bus irgendwie das bewältigen können. Es geht darum, möglichst rasch den Nahverkehrsknoten Webling oder Kärntnerstraße, wie man es auch immer nennen will, an den 5er anzubinden, damit eben die Pendlerinnen und Pendler, die in den Osten wollen, möglichst rasch tangential in Richtung Osten verbracht werden können, wenn ich das so sagen darf. Und das ist das, was ich in diesem Antrag prüfen möchte.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit des Antrags. Wer ist für die Dringlichkeit des Antrags? Das ist die Minderheit. Gegenprobe. Aber es ist knapp. Die Dringlichkeit ist abgelehnt. Danke.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich abgelehnt (gegen ÖVP, KFG, NEOS, FPÖ, GR Eustacchio).

8.4 Feststellungs- und Veröffentlichungsmöglichkeit für Aberkennungsvoraussetzungen von Ehrenbürgerschaften

(GR Ammerer, Grüne)

Gemeinderat **Ammerer**:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Stadtregierungsmitglieder, werte Zuseher:innen am Livestream. Ich bin heute wieder einmal mit einem erinnerungspolitischen Antrag vor Ihnen. Es geht um die zum Teil sehr problematischen Ehrenbürgerschaften, die es laut der Liste der Ehrenbürger:innen der Stadt Graz noch gibt.

Dazu sei einerseits zur Dringlichkeit gesagt, damit ich den Herrn Pointner auch zufriedenstelle und die Dringlichkeit auch gut argumentiere, warum das jetzt dringlich ist. Das liegt schlicht und ergreifend daran, dass die Landesgesetzgebungsperiode sich ihrem Ende zuneigt und die Petitionen erledigt werden sollten, deshalb die Dringlichkeit. Unsere Koalition hat sich zum Ziel gesetzt in Graz aktive Gedenkarbeitungs- und Erinnerungspolitik zur Priorität zu machen und in diesem Sinne ist dieser Antrag auch zu verstehen, denn auf der Liste unserer Ehrenbürgerinnen und Ehrenbürger finden sich große, tolle, bewundernswerte Persönlichkeiten unserer Stadt, aber eben auch sehr problematische. Das ist ein schwarzer Fleck in unserer Geschichte, seien es solche, die von den Nazis selbst verliehen wurden, wie die Ehrenbürgerschaft an Hans Klöpfer, der ein fanatischer Propagandadichter und Nationalsozialist war. Er schrieb Huldigungsgedichte an Hitler und zu dessen Begräbnis schickten Goebbels und Hitler persönlich Trauerkränze. Oder sei es ein Karl Böhm, der erst nach dem Krieg die Ehrenbürgerschaft verliehen bekam, aber, wo man nachlesen kann, sogar auf der Seite der Stadt Graz sich energisch für den Nationalsozialismus einsetzte. Ich sage, solche Leute haben keine Ehrenbürgerschaft verdient, jetzt haben sie es aber verliehen bekommen und de jure ist es nun mal so, dass eine Ehrenbürgerschaft an eine natürliche, also lebende Person gebunden ist und mit dem Tod erlischt. Das führt zum Problem, dass eine Aberkennung natürlich post

mortem nicht möglich ist, aber unsere Landesregierung hat sich da eines Clous beholfen, weil man, auch wenn man diese Ehre nicht mehr aberkennen kann, sehr wohl als Stadt, als Land, als Bundesland auf Distanz gehen kann zu diesen geschichtlichen Fehlern, indem man, so wie das Land Steiermark es in der Gesetzesnovelle von diesem Jahr gemacht hat, einen Passus mit aufnimmt, der es erlaubt, in der Liste der Ehrungen ganz klar kenntlich zu machen, dass laut Fachgutachten und laut unserer heutigen demokratischen Einstellung diese Ehrung niemals vorgenommen werden dürfte. Ich finde, es ist wichtig, sich von diesen problematischen Ehrungen zu distanzieren. Es ist wichtig, dass wir uns vom Nationalsozialismus immer wieder distanzieren. Wir als Koalition haben uns zum Auftrag gegeben, dass wir mit diesem Nazi-Mief, der teilweise noch hervorkommt, aufräumen. Das tun wir auch mit diesem Antrag, das tun wir mit den Straßenumbenennungen und das tun wir mit einer neu aufgesattelten, aktiven Gedenken- und Erinnerungspolitik.

Ich bitte um breite Annahme meines Antrags, danke.

Originaltext des Dringlichen Antrages:

Mit der Novelle LGBl. 37/2024 hat das Land Steiermark die Möglichkeit geschaffen, steirische Ehrungen abzuerkennen bzw. zu widerrufen, wenn die ausgezeichnete Person sich etwa im nationalsozialistischen Unrechtsstaat führend betätigt hat oder nach Verabschiedung des Verbotsgesetzes 1947 strafbare Handlungen iSd Verbotsgesetzes getätigt hat.

Nachdem Ehrenbürgerschaften als höchstpersönliche verliehene Rechte angesehen werden, die daran gebunden sind, dass die geehrte Person (noch) lebt, wird die direkte Aberkennung einer Ehrenbürgerschaft post mortem juristisch für nicht möglich gehalten. Um aber dennoch eine Distanzierung von ehemals geehrten und post mortem als problematisch eingestuften Persönlichkeiten zu ermöglichen, behalf sich das Land Steiermark mit folgendem Passus in den beiden durch die Novelle geänderten Gesetzen:

„Ist die/der Ausgezeichnete bereits verstorben, hat die Landesregierung das Vorliegen der Aberkennungsvoraussetzung unter Berücksichtigung des Sachverständigengutachtens (Abs. 2 Z 2) festzustellen und auf der Homepage des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung bei der für Ehrenzeichen zuständigen Organisationseinheit zu veröffentlichen.“

Ein solcher Passus fehlt im Statut der Landeshauptstadt Graz im betreffenden Abschnitt „Ehrungen durch die Stadt“ und wäre zu ergänzen, damit eine Distanzierung von Persönlichkeiten möglich ist, die von den Nationalsozialisten geehrt wurden, oder sich für die Nationalsozialisten betätigten und nichtsdestotrotz nach dem zweiten Weltkrieg zu Ehrenbürgern ernannt wurden.

Ein solcher Passus im Statut würde es erlauben ein Sachverständigengutachten einzuholen, das belegt, wenn Personen sich einer Ehrung als unwürdig erwiesen haben und welches auf der Homepage der Stadt Graz gemeinsam mit einem Hinweis in der Liste der geehrten Persönlichkeiten publiziert wird.

So könnte die Stadt Graz - auch wenn es derzeit juristisch nicht möglich ist, Ehrenbürgerschaften nach dem Tod abzuerkennen - eine klare Distanz zu fanatischen Nazis wie zum Beispiel Hans Kloepfer einnehmen. Daher stelle ich im Namen des Grünen Gemeinderatsklubs folgenden

DRINGLICHER ANTRAG

Der Steiermärkische Landtag wird am Petitionsweg ersucht, die durch die Novelle LGBl. 37/2024 geschaffenen Möglichkeiten des Widerrufs und der Aberkennungen von Ehrungen in das Statut der Landeshauptstadt Graz aufzunehmen.

Ein diesbezüglicher Passus im Statut könnte etwa lauten:

Ist die/der Ausgezeichnete bereits verstorben, hat die Stadt Graz das Vorliegen der Aberkennungsvoraussetzung unter Berücksichtigung eines Sachverständigengutachtens festzustellen und auf der Homepage der Stadt Graz in der Liste der verstorbenen geehrten Personen zu veröffentlichen.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Danke, gibt es Wortmeldungen? Keine Wortmeldungen. Dann stimmen wir ab über die Dringlichkeit. Wer ist für die Dringlichkeit? Das ist die Mehrheit, damit ist die Dringlichkeit angenommen.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich angenommen (gegen KFG, FPÖ).

Wir kommen zum Antrag selbst. Gibt es jetzt Wortmeldungen? Auch keine Wortmeldungen. Dann bitte das Schlusswort.

Gemeinderat **Ammerer**:

Haben wir es heute voll eilig? Na ja, schön, wenn wir alle etwas früher nach Hause kommen. Oder wir sind so einhellig einer Meinung, das ist ja das Schönste, dass Nazis keine Ehre verdient haben und sie dann auch nachträglich nach allen Möglichkeiten, die uns zur Verfügung stehen abzuerkennen ist oder wir zumindest auf Distanz gehen und sagen, diese Person hat die Ehre nicht verdient. Ein Nazi hat keine Ehrung verdient, denn Nazis sind ehrenlos, und damit belasse ich es.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag selbst. Wer ist für den Antrag? Das ist die Mehrheit. Gegenprobe: Der Antrag ist angenommen.

Der Dringliche Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen KFG, FPÖ).

Gemeinderat **Ammerer**:

Jetzt ist mir dasselbe passiert wie in der letzten Sitzung. Ich muss den Antragstext natürlich noch vortragen.

Zwischenruf

Gemeinderat **Ammerer**:

Muss ich nicht? Dann danke.

8.5 Maßnahmenpaket gegen Hitze-Hotspots im öffentlichen Raum in Graz

(KO GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) Schlüsselberger, SPÖ)

Klubobfrau **Schlüsselberger**:

Liebe Zuhörer im Livestream, liebe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich werde mich ein bisschen kürzer fassen, weil die Stimme schon etwas angeschlagen ist. Ich freue mich hier, einen Dringlichen einbringen zu dürfen, der im Grundgedanken schon öfters einmal diskutiert worden ist, schon öfters einmal in irgendeiner Form eingebracht, getestet, umgesetzt oder debattiert worden ist. Es geht darum, dass wir eine Lösung finden für das Problem der Hitze-Hotspots im Sommer. Wir kennen das alle, die Innenstadt ist ziemlich warm im Sommer, wir haben immer gerne ein bisschen Möglichkeit zur Abkühlung, wir freuen uns über jeden Baum, wir freuen uns über jeden Brunnen, über die Möglichkeit im Schatten zu verweilen. Leider ist das nicht überall möglich, da braucht es Lösungen. Langfristig und ich glaube, da sind wir als Koalition auf einem sehr, sehr guten Weg, versuchen wir, hier Abhilfe für die leitgeplagten Grazerinnen und Grazer zu schaffen. Kurzfristig wären allerdings auch Maßnahmen schön. Um so eine Maßnahme soll es gehen. Ich habe mich von einer Stadt inspirieren lassen, die in vielen Bereichen Vorbild ist, Vorbild sein sollte, und zwar ist es Wien. Ich

war mit meiner Familie draußen und es war ein warmer Tag, wir waren im Prater, es war schön und wir haben uns irrsinnig gefreut, einen Schwung frische Kühle zu verspüren und natürlich uns ein bisschen abkühlen zu können. Es geht darum, dass dort bei Wasserhydranten Lanzen installiert werden. Ganz ein einfaches System, es ist nicht aufwendig, es ist nicht teuer, es ist autark mit einem kleinen PV-Panel, es ist kostengünstig und überall installierbar und ich habe mich da inspirieren lassen und freue mich, hier einen Dringlichen Antrag stellen zu dürfen, dass genau solche Lanzen adaptiert für Graz einmal geprüft werden, geschaut werden, wo diese Lanzen Platz finden können und wie die umgesetzt werden.

Ich freue mich auf ganz, ganz breite Zustimmung, weil viele von euch ja in diese Richtung auch schon Initiativen gestartet haben. Danke schön.

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Der Sommer in der Stadt wird nicht zuletzt aufgrund des Klimawandels zunehmend von zum Teil extremen Hitzetagen geprägt. „Cool“ zu bleiben wird unter diesen Umständen immer schwieriger – im Gegenteil: Immer häufiger empfinden Menschen diese Extremsituationen ohne Abkühlung als eine enorme körperliche Belastung, fürchten um gesundheitlich Folgen. Nicht zuletzt deshalb werden ja auch im Rahmen der Stadtentwicklung und Stadtgestaltung viele wichtige Maßnahmen gesetzt, um der im städtischen Raum strukturbedingt intensiver auftretenden Hitzeentwicklung entgegenzutreten: Entsiegelungen, Baumpflanzungen, Fassaden und Dachbegrünungen gehören sicher zu den wirkungsvollsten Maßnahmen, auf die auch die Stadt Graz setzt und die zumindest mittelfristig Wirkung zeigen sollten. Mindestens ebenso wichtig wäre es aber, speziell „Extremtagen“ mit rasch wirksamen Maßnahmen begegnen zu können.

Die Stadt Wien zeigt in diesem Zusammenhang seit mehreren Jahren sehr gut auf, was alles im städtischen Raum – in besagtem Fall konkret unter dem Motto „Cooles Wien“ – alles möglich wäre, um kurzfristig für Abkühlung zu sorgen und so die Hitzebelastung für die Bevölkerung im öffentlichen Raum abmildern zu helfen, und dies zusätzlich zu den mehr als 1.500 Trinkbrunnen und 55 Monumental- und Denkmalbrunnen in Wien:

- Hitze-Hotspots werden mit mehr als 100 „Sommerspritzern“ – das sind Nebelduschen, die an Hydranten angeschlossen sind und im Bedarfsfall für Abkühlung sorgen – entschärft.*
- Nicht weniger beliebt in Wien ist Brunnhilde: Der auf einen Hydranten aufgesetzte mobile Trinkbrunnen, der zugleich ebenfalls eine Sprühfunktion hat. Deren gibt es in Wien 75 Stück, Tendenz wie bei den Sommerspritzern steigend.*
- Nicht zu vergessen: 13 „Coole Stelen“ und zehn „Coole Schiffe“, die auf belebten Wiener Plätzen mit Sprühnebel samt Trinkbrunnen und integrierten Sitzgelegenheiten ebenfalls für Abkühlung sorgen, sich nur ab einer bestimmten Umgebungstemperatur einschalten, Großteils ebenso solarbetrieben sind. Wobei der Sprühnebel überall grundsätzlich extrem fein eingestellt ist, um den Wasserverbrauch zu minimieren.*

Das Beispiel Wien zeigt, dass sehr viel möglich ist, um extreme Hitzetage in der Stadt – und deren wird es laut Fachleuten angesichts des Klimawandels von Jahr zu Jahr mehr geben – kurzfristig erträglicher zu machen, die Belastungen für Bewohner:innen wie Besucher:innen zu reduzieren. Wobei dies maximal als „Symptombekämpfung“ zu sehen ist, selbstverständlich die Bedeutung nachhaltiger Maßnahmen wie Entsiegelung, Baumpflanzungen, Fassaden- und Dachbegrünungen, das Freilegen von Gewässern etc. nie außer Acht gelassen werden darf, sondern diese Maßnahmen vielmehr weiter als Beitrag gegen den Klimawandel forciert werden müssen.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, in Anlehnung an „Cooles Wien“ gemäß Motivenbericht Möglichkeiten für ein vergleichbares Maßnahmenpaket gegen Hitzehotspots für Graz zu entwickeln.

Stadtrat **Hohensinner:**

Ich bin mir jetzt nicht sicher, ob ich mich richtig erinnere, aber wir haben das ja alle schon einmal gehabt. Ich kann mich erinnern, ich habe damals mit der Berufsfeuerwehr sogar am Hauptplatz eine Abkühlung auch zusammengebracht und es hat dann ein großes Projekt gegeben, ich glaube auch wissenschaftlich begleitet. Und wenn ich jetzt richtig informiert bin, war die SPÖ dagegen damals. Das war vielleicht motiviert, weil ihr damals in der Opposition wart, aber vielleicht, dass du, Frau Schlüsselberger, noch einmal kurz erklärst, warum ihr damals dagegen wart und jetzt seid ihr dafür. Das wäre bei der Diskussion zum Inhalt schon interessant und für uns auch aufklärend, ja, bitte.

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Gibt es in der Zwischenzeit weitere Wortmeldungen?

Klubobfrau **Schlüsselberger:**

Gerne, lieber Stadtrat, nehme ich den Ball auf und erkläre den eklatanten Unterschied. Wie soll ich sagen, es gibt Ideen und nicht alles, was gut gemeint ist, ist immer gut

gemacht. Es geht darum, dass man Ideen und Umsetzungen machen kann, teuer, groß, bunt, hübsch, schön, mit viel Aufwand, oder man kann ganz einfach vielleicht total pragmatische Lösungen finden und das ist genau der eklatante Unterschied. Das System zielt darauf ab, dass ich keinen Installationsaufwand habe, dass ich keine Leitungen ziehen muss, dass ich da jetzt nicht schöne Säulen habe, sondern auch für die Bezirke eine ganz einfache, kostengünstige Lösung finde, die vielleicht zu 100-fach dann in Graz stattfinden kann und nicht in ihrer Auffälligkeit oder in ihrem Dasein quasi eher schwer Platz finden.

Das ist der Unterschied, das sind zwei unterschiedliche technischen Lösungen, die das Gleiche zum Ziel haben, da bin ich schon bei dir und euer Versuch am Tummelplatz hat darauf abgezielt, ist aber technisch leider einfach an der Höhe gescheitert und da gibt es ja auch genug Berichte darüber, wieso solche Nebelsprühanlagen ab einer gewissen Höhe nicht mehr funktionieren. Die Vögel haben sich natürlich gefreut, aber die Wirkung für die Bevölkerung war einfach gering. Und da geht es jetzt darum, und in Wien ist das tausendfach erprobt, dass man eine ganz einfache technische Lösung kostengünstig für alle Bezirke auch zur Verfügung stellt. Das unterscheidet uns auch ein bisschen, auch vielleicht im Grundgedanken. Vielleicht Weiterentwicklung, Abänderung, war ja keine blöde Idee, ich glaube, und darum geht es jetzt auch, zu prüfen, dass meine Variante gut umsetzbar ist. Und nachdem ihr jetzt eh das Gleiche schon gemacht und versucht habt, gehe ich davon aus, dass ihr dann auch da Zustimmung findet, weil gerade in den Bezirken draußen wäre das auch eine wunderschöne Geschichte, was relativ leicht instabil ist.

Stadtrat **Hohensinner:**

Also jetzt kommen wir dem Ganzen schon ein Stück weit näher. Ich verstehe deinen Ansatz jetzt, wir haben ja auch den Kinder- und Jugendschwerpunkt und wir haben auch im Zuge unserer Projekte jetzt mit Fratz Graz ein Projekt vor, wo wir eben so eine Besprühungsanlage wirklich auf einem ganz simplen Niveau als Wandersprühanlage

vorhaben. Und ich hätte einfach gesagt, probieren wir das jetzt einmal aus. Also, gerade das Amt für Jugend und Familie ist ja jetzt schon in Vorleistung. Schauen wir, wie sich das entwickelt, und dann können wir vielleicht auch noch ein weiteres Projekt machen. Aber das Große, da wart ihr dagegen. Jetzt haben wir über meine Ressortverantwortung ein kleines Projekt vor. Schauen wir uns das an, und dann können wir nächste Schritte machen. Deswegen werden wir der Dringlichkeit und dem Inhalt nicht zustimmen.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Zur Dringlichkeit nicht, aber zum Inhalt, gehe ich davon aus.

Zwischenrufe

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Wir sind bei der Dringlichkeit. Wer ist für die Dringlichkeit dieses Antrags? Das ist die Mehrheit. Gegenprobe. Der Antrag ist damit angenommen.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG).

Wir kommen zum Inhalt des Antrags. Gibt es Wortmeldungen? Gemeinderätin Slama hat sich gemeldet. Bitte.

Gemeinderätin **Slama**:

Ich möchte eigentlich nur verhindern, dass die Dani da jetzt noch fünfmal reden muss. Und zwar grundsätzlich, also diese zwei Projekte, ich verstehe dieses grundsätzliche

Ansinnen von, na ja, das ist ja etwas, was wir schon versucht haben. Man muss da aber diesen Vergleich auch mehr ziehen. Also der Tummelplatz, das hat bewiesenermaßen keinen Effekt gehabt. Das war 5 Meter in der Höhe, es ist auch nicht tiefer gegangen. Muss man da auch zur Verteidigung sagen. Das heißt, es hatte erwiesenermaßen keinen Effekt, ist aber durchgehend gelaufen. Das heißt, es hat trotzdem eine sehr hohe Wasserverschwendung gehabt, es hat trotzdem sehr viele Ressourcen gebraucht. Außerdem war es mit 125.000 € nicht sonderlich billig.

Jetzt muss man sagen, wir reden hier wirklich nur von Akutmaßnahmen. Die wichtigsten Maßnahmen sind und bleiben Dinge wie eine Durchgrünung, eine Entsiegelung, aber alles davon geht nicht bis morgen. Was man sehr wohl bis, metaphorisch gesehen, morgen beziehungsweise bis zum wirklich heißen Part des Sommers geht, sind die, also die Stadt Wien nennt es Wasserspritzer, also diese Aufsätze, die man auf Hydranten aufsetzt. Sommerspritzer! Entschuldigung, so war es, haha. Sommerspritzer heißt es, weil die haben sogar eine Umfrage gemacht mit Mehrheitsentscheid. Da haben wir den Unterschied, erstens einmal, es gibt schon welche. Die Holding hat selbst drei von diesen Sommerspritzern schon gemacht, die haben wir in Petto und die können wir einsetzen und das sehr bald und das genauso punktuell und dort, wo wir es brauchen. Außerdem hat das natürlich diese Geschichte, die sind natürlich sehr viel niedriger, die sind wirklich effektiv punktuell genau dort, wo wir sie halt brauchen. Und das ist halt dann etwas, wo es effektiver ist, also wenn man sich das in Wien anschaut, all diese Dinge, die sie dort umgesetzt haben, passieren darauf, dass sie entweder punktuell auch eingeschalten werden, wenn sie gebraucht werden, nicht durchgehend rennen oder dass sie selbst einen Fühler haben, der die Temperatur mitbekommt und sich einschaltet, wenn es eben zu heiß wird in der Umgebung und sich automatisch wieder abstellen, wenn es kühl genug ist. Das heißt, die zwei Projekte, auch wenn sie den gleichen Grundgedanken hatten, sind so nicht ganz vergleichbar und ich glaube, dieses akute Helfen in diesen sehr, sehr heißen Tagen und das werden wir bis zum Sommer wahrscheinlich nicht verhindern können, dass wir solche Plätze haben, genau dort brauchen wir das ja auch wirklich.

Und deswegen würde ich sagen, hey, nutzen wir, was wir schon haben, weil wenn wir drei haben, kann die Holding sicher auch einen 4. und einen 5. bauen und das können wir sofort, unglaublich akut, unglaublich zielgerichtet einsetzen. Deswegen, danke schön, ich hoffe, dass wir eine schöne Abkühlung im Sommer schaffen.

Stadtrat **Hohensinner:**

Ganz kurz, möchte ich noch einmal ergänzen und unterstreichen, dass wir eben nicht für die Dringlichkeit waren, habe ich eh argumentiert, und jetzt auch noch einmal nicht für den Inhalt, weil, ich meine, ihr seid die Regierungskoalition. Der Manfred Eber ist zuständig für die Holding und jetzt wird lang und breit erklärt, wie auch immer das jetzt heißt, ob kühles Nass oder Sommerspritzer, dass die Holding bereits drei solche Sommerspritzer hat. Warum setzt ihr es nicht einfach um? Ich verstehe das jetzt wirklich nicht, warum ihr jetzt das inszenieren müsst, weil jetzt gerade die Temperatur anzieht. Jetzt wird es wärmer und ihr seid verantwortlich dafür. Warum müsst ihr jetzt einen Dringlichen Antrag dafür einbringen, wenn die Holding eh schon über die besagte Technik verfügt? Ich verstehe es jetzt echt nicht.

Aber bitte, Frau Klubobfrau, dass du mir das vielleicht auch noch erklärst.

Vizebürgermeisterin **Schwentner:**

Gibt es gibt noch weitere Wortmeldungen zu dem Antrag? Wenn dem nicht der Fall ist, dann bitte ich die Frau Kollegin noch einmal.

Klubobfrau **Schlüsselberger:**

Für alle, wir kriegen gerade eine Anleitung, wie ein Sommerspritze in der Welt der ÖVP funktioniert. Nichtsdestotrotz, ich kann es ganz genau erklären. Inszenierung ist ein

mächtiges Wort. Ich will es jetzt gar nicht,... Es ist viertel 7, und ich glaube, wir sparen uns das alles.

Fakt ist, die Dringlichkeitsanträge sind dazu da, hier Herzensthemen einzubringen. Ich empfehle allen, die es nicht wollen, über formale Anträge, Medienberichte oder irgendwas. Wir können das ganze System abschießen, aber dann kannst du hierherkommen und das nächste Mal mit dem Eber reden, wenn du etwas brauchst oder von der Kollegin Judith irgendwas anfragen. Dann brauchst du auch keinen Medienbericht. Also, ich glaube, wir brauchen nicht diskutieren, ob Dringlichkeitsanträge wirklich sinnvoll sind oder nicht. Fakt ist, der Inhalt ist sinnvoll, und darum sollte es gehen.

Gut, ihr habt der Dringlichkeit nicht zugestimmt, ihr werdet dem Inhalt auch nicht zustimmen, also ihr stimmt dem nicht zu, was ihr selber erprobt habt. Also entweder glaubt ihr jetzt, dass ihr einen Blödsinn gemacht habt, oder ihr denkt, nein, aber die anderen sollen das nicht machen, weil das war unsere Idee. Sei es drum, ich freue mich darauf, dass wir trotzdem prüfen, wo das möglich ist. Ich freue mich darauf, dass ich beim einen oder anderen vorbeigehen werde, wenn ich mich mit meiner Tochter über den kühlen Kopf freuen werde, und ich glaube, so ein kühler Kopf schadet ja generell dem einen oder dem anderen nicht. Danke sehr.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag. Wer ist für den Dringlichen Antrag? Das ist die Mehrheit. Gegenprobe. Wer ist dagegen? Der Antrag ist damit angenommen.

Der Dringliche Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG).

Vorsitzwechsel – StR Eber übernimmt den Vorsitz (18.10 Uhr).

8.6 Schutz der „Einfamilienhausgegenden“

(KO GR Mag. Pascuttini, KFG)

Gemeinderat **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werter Stadtregierung, der vorliegende Dringlichkeitsantrag behandelt insbesondere den Schutz von Einfamilienhausgegenden. Wir wissen, es gab eine Änderung des Stadtentwicklungskonzepts, damit einhergehend auch eine Änderung des räumlichen Leitbildes. Im Rahmen dieses räumlichen Leitbildes ist auch die Charakteristik der Bebauung ergänzt worden. Bisher war es so, dass drei große Bereiche, drei Bereichstypen, charakterisiert worden sind: Einerseits die Villenviertel, andererseits kleinteilig strukturierte Gebiete außerhalb des Grüngürtels und als drittes Baugebiete im Grüngürtel. Positiv zu erwähnen ist auch, dass die Bebauung im Grüngürtel mit einer Bebauungsdichte von grundsätzlich 0,2 sehr niedrig angesetzt worden ist. Das ist durchaus als positiv zu bezeichnen.

Es gibt auch von Seiten der Stadtkoalition durchaus den Willen, dass man diese, bis jetzt niedrig bebauten Gebiete weiterhin als niedrig bebaut erhält. Das sehen wir sehr positiv. Das große Problem ist aber sind die Übergangsbereiche, nämlich einerseits zwischen sehr gering bebauten Gebieten und andererseits mit Gebieten mit einer hohen Dichte, um das so vereinfacht darzustellen. Und genau in diesen Grenzbereichen gibt es immer wieder Konflikte.

Ein sehr gutes Beispiel in diesem Bereich wäre die Göstingerstraße, wo wir auf der einen Seite einen Grüngürtel, Bauland im Grüngürtel haben und genau auf der gegenüberliegenden Straßenseite eine Wohnanlage errichtet werden darf, die vierstöckig ist. Jeder, der dort wohnt, wird dementsprechend eine Freude haben und genau dieser krasse Übergang zwischen dem einen Bereich und dem anderen Bereich ist durchaus sehr problematisch zu betrachten. Das andere Beispiel wäre der Ruckerlberg. Ein Bereich, der in fünf verschiedene Bereichstypen unterteilt ist und wo wir in der Mitte dieses Ruckerlbergs auch eine Fläche haben, wo formell Wohnhäuser bis zu viergeschossig errichtet werden dürften. Das ist natürlich mit Sicherheit ein

großes Problem für Einfamilienhausbesitzer, für Menschen, die bis jetzt im Baugebiet im Grüngürtel ihre Häuser, ihre Unterkünfte errichtet haben.

Und was ist die Lösung des Problems, wie wir es vorschlagen? Eine Vergrößerung der verschiedenen Bereiche, eine stärkere Abstufung der verschiedenen Bereichstypen und genau in diese Richtung schlägt auch der vorliegende

Dringlichkeitsantrag.

Der Gemeinderat wolle beschließen: Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, die Übergänge zwischen einzelnen Bereichstypen zu prüfen und ein Konzept bzw. alle notwendigen Änderungen für einen verträglicheren Übergang zwischen den Bereichstypen zu erarbeiten.

Hierzu soll dem Gemeinderat bis zur Sitzung im Oktober dieses Jahres ein Bericht vorgelegt werden. Ich glaube, es ist jeder durchaus oder kann sich in die Lage versetzen, wenn jemand über viele Jahre, über viele Jahrzehnte in ein Einfamilienhaus investiert hat, eigentlich durchaus die Ruhe gesucht hat mit einem größeren Garten, einem kleineren Garten und dann in unmittelbarer Nachbarschaft ein durchaus großes Wohnhaus, ein durchaus großer Wohnkomplex, bis zu viergeschossig, direkt vor die Nase hingestellt wird. Damit wäre ja auch von uns niemand zufrieden und da ist es wirklich nötig, hier eine Verbesserung so rasch wie möglich einzuleiten. Danke.

Originaltext des Dringlichen Antrages:

In der aktuellen 8. Änderung des Stadtentwicklungskonzeptes der Stadt Graz finden bzw. fanden sich auch diverse Änderungspunkte des 1.0 Räumlichen Leitbildes. Unter anderem wird unter Punkt 7 der § 4 Abs 7,8 und 9 des räumlichen Leitbildes um die Charakteristik der Bebauung ergänzt. Charakteristik meint hierbei das typische Gebäudevolumen in „Villenviertel“ von ca. 1.000m³, in kleinteilig strukturierte Gebiete außerhalb des Grüngürtels ca. ca. 650m³, sowie Baugebiete im Grüngürtel von ebenfalls ca. 650m³. Die Bebauung im Grüngürtel wird zusätzlich durch Änderung des

§8 4.0 Stadtentwicklungskonzept konkretisiert und der maximale Bebauungsgrad mit 0,2 bzw. im Ausnahmefall mit 0,3 festgelegt.

Diese Änderungen zeigen durchaus den Willen, den Bestand an Gebieten mit geringer Dichte zu erhalten, so auch durch die Stadtplanungssprecherin der Grünen Frau DI Alexandra Würz-Stalder im Artikel der Woche vom 08.05.2024 bei gleichzeitiger Relativierung (Anzahl der Bewohner im Vergleich zu Gebieten mit höherer Dichte) bestätigt. Die Erfahrung mit Bürgeranliegen und Einwendungen zu Bauvorhaben zeigt jedoch vor allem im Übergang zwischen geringer und hoher Dichte Konfliktpotential. Dieses Konfliktpotential bestätigt sich nicht zuletzt durch die Ersichtlichmachung im Bereichstypenplan des Räumlichen Leibildes.

Als Beispiel ist der Bereich des Grüngürtels in der Göstinger Straße anzuführen, wo an gegenüberliegender Liegenschaft (Plabutscher Straße 63-65) zum Grüngürtel ein unverhältnismäßig großer Wohnkomplex entstehen soll. In diesem Bereichstyp ist mit „Wohnanlagen und verdichteter Flachbau“ eine Bebauung mit bis zu vier vollwertigen Geschossen möglich. Zudem ist bei betreffendem Grundstück auch noch der offensichtlich zu geringe Seveso-Abstand zum OMV-Tanklager erwähnenswert.

Dass es im Rahmen der Bereichstypen Nachbesserungsbedarf gibt zeigt auch das Beispiel Ruckerlberg, denn dort befinden sich fünf Bereichstypen und sind auch in der Mitte des Gebietes „Wohnanlagen und verdichteter Flachbau“ mit bis zu vier Geschossen möglich sind, und das ohne vorheriger Schaffung ausreichender öffentlicher Anbindungen die den Zuwachs an Bewohnern auffangen könnte.

Auch in der Peterstalstraße gibt es keinen verträglichen Übergang zwischen Bereichstypen und grenzt direkt an den Grüngürtel ein Bereichstyp, der eine unverhältnismäßige Bebauung zum umliegenden Gebiet zulässt.

Aus den genannten Umständen ergibt sich die Notwendigkeit die Bereichstypen zu ändern und idealerweise abgestuft je möglicher Bebauung zu verordnen: Grüngürtel – Kleinteilig strukturierte Gebiete außerhalb Grüngürtel - Villenviertel und offene Bebauung mäßiger Höhe usw.

Zudem sollen die Fehler der Vergangenheit und die damit einhergehenden Auswirkungen (in Bezug auf Durchzugsverkehr), die vermeintlich durch „örtliche“ Verbauung und aber auch durch den – glücklicherweise – gut entwickelten Wirtschaftsstandort entstanden, nicht von Bewohnern eigentlich ruhiger Gebiete getragen werden müssen. Daher ist bei der Änderung von Bereichstypen auf die öffentliche Erschließung, allenfalls jedoch auf begleitende Maßnahmen bei Siedlungsentwicklungen im Rahmen der Straßenverkehrsordnung zum Schutz vor steigendem Verkehrsaufkommen zu achten.

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

Dringlicher Antrag

*gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt die Übergänge zwischen den einzelnen Bereichstypen zu prüfen und ein Konzept für einen verträglicheren Übergang zwischen den verschiedenen Bereichstypen bzw. alle notwendigen Änderungen, die zu diesem Ziel führen zu erarbeiten. Hierzu soll dem Gemeinderat bis zur Sitzung im Oktober 2024 ein Bericht vorgelegt werden.

Gemeinderat **Piffl-Percevic:**

Vielen Dank Herr Vorsitzender und Frau Stadträtin, dass ich die Gelegenheit bekomme, zu dem im Inhalt äußerst wichtigen Antrag. Denn die ÖVP kann jederzeit den Wahrheitsbeweis für die Behauptung antreten, dass uns dieses Thema des Erhalts der charakteristischen Stadttypologien im Bauwesen sehr, sehr wichtig ist. Den Beweis soll ich jetzt antreten. Am 19. Juni 2019 wurde erstmals in der Steiermark - Herr Vorsitzender Manuel, das war noch vor deiner Zeit als Gemeinderat - wir haben vorgearbeitet, ein räumliches Leitbild im Verordnungsrang erlassen, das bekanntlich, Bereichstypenplan - Kollege Winter hat das schon gesagt - die Teilraumabgrenzung, also genau diese Charakterbildenden und daraus umzusetzen, das ist ja juristisch nicht so einfach, solche Qualitäten in harte Bestimmungen, die auch vor den Gerichtshöfen halten, das wissen wir ja eh noch nicht abschließend. Wir haben uns nachweislich bemüht. Im Februar 2020 ist das dann, nach der aufsichtsbehördlichen Genehmigung, in Rechtskraft erwachsen. Bereits ein Jahr später haben wir in der letzten Periode bereits die Evaluierung dieser Bestimmungen gestartet, weil das ist jetzt dein Bereich, Herr Vorsitzender, die Baubehörde vor allem, natürlich bei Bebauungsplänen und überall und bei Gutachten der Stadtplaner, die Baubehörde ganz wichtig ist, dass sie das auch richtig vollzieht. Wir haben auch damals einen Unterausschuss gebildet, lieber Manuel, wo erstmals die Vorsitzende der Baubehörde, die Leiterin, mit uns in Diskussion getreten ist. Also ich wollte nur beweisen, wir nehmen das sehr, sehr ernst. Ich verstehe daher nicht ganz, jetzt komme ich zu heute, dass ausgerechnet die KFG die dem jetzigen Stadtentwicklungskonzept mit einer Novellierung dieser Bestimmungen zugestimmt hat, während wir gesagt haben, wir stimmen der Auflage zu, da gibt es Änderungen bezüglich des räumlichen Leitbildes, um es dann zu diskutieren, bevor das in Rechtsgültigkeit erwächst. Die neuen Bestimmungen sind schon in Rechtsgültigkeit, ohne so einen Diskussionsprozess abzuwarten. Und jetzt kommt noch ein Punkt: Gerade heute Nachmittag erhalten wir, wir sind ja sehr aufmerksam und aktuell, von der Stadtplanung offensichtlich freigegeben von der politischen Referentin - die Frau Vizebürgermeisterin ist gerade nicht mehr da - einen

aus dem Dezember 2023 stammenden Bericht über die Einwendungen gegen das STEK, das wir schon lange diskutieren wollten, und ein halbes, fast ein halbes Jahr später, heute, weiß nicht, hat das was zu tun, wird dieser Bericht vom Dezember freigegeben. Also ich fühle mich wirklich gefrotzelt, weil wir am 28. anberaumt haben, eine Besprechung der Einwendungen, die beim STEK eingegangen sind. Genau dort gehören diese Dinge diskutiert. Bevor wir das Diskutieren, stellt der Pascuttini, der dem zugestimmt hat, das gilt schon, bevor wir es diskutiert haben, einen solchen Antrag. Nochmals, wir sind sehr gespannt, wie ernst die Diskussion mit unserem 28. genommen wird. Ich glaube, du hast das noch gar nicht, was wir heute Nachmittag alles bekommen haben. Es wird sehr spannend werden, und wir stellen uns dieser Diskussion und können nachweisen, dass wir dieses Thema in der vergangenen Periode erst ermöglicht haben. Wir wollen es evaluiert haben und wenden uns wiederum, wir haben letztes Mal der STEK-Novelle nicht zugestimmt, weil wir für die Auflage sind, für die unverbindliche und für eine rasche Diskussion und ihr schiebt es schon wieder einmal ein halbes Jahr nach hinten. Du wirst dich gefrotzelt fühlen, wenn du ein Schreiben der Stadtplanung vom 4.12. heute bekommst. Offensichtlich hat die Frau Vizebürgermeisterin so lange gebraucht, das freizugeben. So viel zum Thema, dass sie alles tut für die Beschleunigung, wo immer es nur möglich ist. Mir kommt langsam ein Bild zustande, dass da irgendetwas nicht ganz im Lot zu sein scheint, möglicherweise ist sie überfordert.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Ich übernehme den Vorsitz wieder.

Vorsitzwechsel – Bgm Kahr übernimmt den Vorsitz (18.18 Uhr).

Wir sind bei der Dringlichkeit, gibt es weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Wenn das nicht der Fall ist, auch kein Schlusswort, dann kommen wir zur Abstimmung und ich darf Sie bitten, vielleicht auf die Plätze zu gehen, weil es sind sehr wenige hier, sind wir überhaupt beschlussfähig? Passt.

Wer ist für die Dringlichkeit des Antrages? Gegenprobe. Die Dringlichkeit ist gegeben.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Inhalt, wer wünscht hier das Wort? Frau Gemeinderätin Würz-Stalder, bitte.

Gemeinderätin **Würz-Stalder:**

Liebe alle, sehr geehrte Zuseher:innen auf der Tribüne und im Livestream und liebe Frau Bürgermeisterin, wir haben der Dringlichkeit zugestimmt, weil das Thema tatsächlich ein Thema ist, das in Zukunft auch noch viel bedeutsamer werden wird. Man sieht es an der aufkommenden Diskussion, wie es um das Siedlungskonzept von Einfamilienhäusern geht. Das ist eine Sache, die genauer angeschaut werden muss. Zu den konkreten Beispielen, die hier eingebracht worden sind, möchte ich nur sagen, wir haben tatsächlich dort, eben in Gösting, sozusagen bei der betreffenden Liegenschaft Plabutscherstraße 63, das ist ganz interessant, wie sich das entwickelt hat. Tatsächlich ist dort noch im Flächenwidmungsplan 2.0 ein Einkaufszentrum eingetragen gewesen, auch noch im 3.0 Flächenwidmungsplan. Im 4.0 wurde dies geändert zu Wohnen allgemein, mit einer Dichte von 0,2 bis 0,8 oder 0,6.

Und klar, dort ist eine viergeschossige Siedlung möglich, derzeit wissen wir von einem Projekt, das den Bestand nutzen möchte. Ich habe mir das angeschaut, zur Göstingerstraße, die an den Grüngürtel schließt, ist dieses Konzept derzeit oder ist der Bestand zweigeschossig. Das heißt, es ist dabei sicherlich darauf zu achten, wie genau

diese Liegenschaft bebaut wird, wie wir überhaupt überzeugt sind, dass es hier genauere Betrachtungen braucht, wie man diese Grenzlinien ausgestalten kann. Das ist an und für sich durch das räumliche Leitbild zu klären oder in den Fällen, die aufscheinen, auch über Bebauungspläne. Was zum räumlichen Leitbild und zu einer schnellen Änderung des Leitbildes zu sagen ist, ist, dass es immer rückgekoppelt ist zum STEK und deshalb müssen erst einmal Änderungen im STEK vorgesehen werden. Wir haben jetzt schon gehört, da besteht sozusagen schon auch erhöhte Aufmerksamkeit von den Kolleg:innen. Das ist tatsächlich eine Sache, die jetzt diskutiert werden muss, auch anlässlich des STEKs. Also eine kurzfristige und bloße Änderung des räumlichen Leitbildes lässt sich nicht machen, das sei da an dieser Stelle nur gesagt. Solche Fragestellungen, wie wir grundsätzlich mit Einfamilienhaussiedlungen noch immer die gewünschtste Form in Österreich als Wohnform langfristig umgehen können, dazu bedarf es einer Revision. Von inhaltlicher Seite muss ich sagen, und ich spreche da, denke ich, auch für die Grünen, dass Bedarf einer genaueren Untersuchung, was überhaupt unter diesem Schutz oder auch unter diesem gegenseitigen Abstimmen gemeint sein kann und was möglich ist. Vielleicht noch zu dem Seveso-Thema, das wurde geprüft von Seiten des Amtes hinsichtlich der Möglichkeiten. Der betreffende Beamte in der Landesverwaltung hat darauf hingewiesen, dass sich nicht Wesentliches geändert hat zu seiner Begutachtung 2006 und man muss dazu sagen, dass das damals schon unter der genaueren Methode betrachtet wurde. Das ist das, was ich hier an dieser Stelle schon mitteilen kann. Wir werden auf jeden Fall diesem Stück zustimmen, es ist aus unserer Sicht eine wichtige Diskussion für die Zukunft. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Weitere Wortmeldungen bitte. Das ist nicht der Fall, dann darf ich bitte, den Herrn Antragsteller, um das Schlusswort.

Gemeinderat **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, danke Frau Gemeinderätin Würz-Stalder. Was ich sehr positiv mitnehme, ist, dass dieses Konfliktpotenzial, diese Übergangsbereiche als großes Konfliktpotenzial scheinbar von allen Parteien erkannt wird, dass wir langfristig diesbezüglich durchaus vernünftige Lösungen anstreben müssen und dass wir gemeinsam schauen müssen, wie hier in dem Sinn Lösungen gefunden werden, die beide Seiten bis zum gewissen Grad zufriedenstellen. Dass das natürlich ein Prozess ist und dass es keine Lösung von heute auf morgen darstellt, ist auch klar, da stimme ich Ihnen zu und in dem Sinn bedanke ich mich für die sich abzeichnende Mehrheit. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung, wer ist für den Antrag? Gegenprobe. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Der Dringliche Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.7 Bettelverbot (Vorbild Salzburg)

(GR Mag. Winter, KFG)

Gemeinderat **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, der vorliegende Antrag betrifft, genau genommen, das Bettelverbot mit Tieren. Das ist der Hintergrund dieses Antrags. Worum geht es? Wir alle wissen, das Betteln an sich ist in der Steiermark im Rahmen unseres steirischen Landessicherheitsgesetzes geregelt. Da wird ganz klar festgelegt, dass auf der einen Seite das sogenannte aggressive Betteln, also das aufdringliche

Betteln, Anfassen, Beschimpfen, unaufgefordertes Begleiten von Personen untersagt ist und auch eine Verwaltungsstrafe darstellt. Auf der anderen Seite auch unmündige Minderjährige, in dem sie nicht betteln dürfen. Die Landeshauptstadt Salzburg geht seit Langem einen restriktiveren Weg hinsichtlich dem Betteln und in vielen Bereichen auch, unserer Meinung nach, einen sehr vorteilhaften Weg. Ein Aspekt davon ist, in Salzburg gibt es Parallelen zum steirischen Landesicherheitsgesetz, einerseits ist die aggressive Art und Weise des Bettelns untersagt, ebenso dürfen unmündige Minderjährige nicht betteln, aber, und das ist ein großer Vorteil, den wir uns auch wünschen würden, dass das Betteln im Zusammenhang mit Tieren, in erster Linie werden es Hunde und Katzen sein, so auch in Graz und der Steiermark nicht erlaubt sein soll.

Von der Frau Vizebürgermeisterin ist heute schon ein Vorfall im Rahmen der Hundewiese oder der Hundewiesen geschildert worden, wo ein Passant bzw. ein Kind, soweit ich mich jetzt erinnern kann, verletzt worden ist, das ist sehr, sehr bedauerlich. Dieses Gefahrenpotenzial, dass Passanten verletzt werden, besteht natürlich auch, wenn ich mit einem großen Hund beispielsweise mich in die Herrengasse oder wo auch immer mich hinsetze und bettle. Und der andere große Aspekt, und den würde ich auch als sehr, sehr wichtigen Aspekt bezeichnen, ist nämlich der Tierschutz an sich. Es kann mir niemand erklären, dass das besonders tierfreundlich ist, wenn ich über Stunden am Asphalt, sei es in großer Kälte, sei es in großer Hitze mich mit einem Hund, oder einem anderen Tier dort hinsetze und das besonders förderlich für das Tier, sei es ein Hund, Katze, was auch immer, sein soll.

Also sowohl der Sicherheitsaspekt als auch der Tierschutzaspekt sind für mich kritische Themen. Infolgedessen geht genau dieser

Dringliche Antrag

in diese Richtung, nämlich der Gemeinderat wolle beschließen, nämlich, der Landesgesetzgeber wird durch den Gemeinderat der Stadt Graz auf dem Petitionsweg

aufgefordert, § 3 des steiermärkischen Landessicherheitsgesetzes dahingehend zu ändern, das angelehnt an das Landessicherheitsgesetz von Salzburg, das Betteln und die Mitnahme von Tieren verboten wird und damit auch in Graz in Zukunft durch Verordnung der Gemeinde ein Verbot in dieser Richtung erlassen werden kann.

Originaltext des Dringlichen Antrages:

Aktuell trifft das Steiermärkische Landes-Sicherheitsgesetz folgende Aussagen zum Thema Bettelei:

Steiermärkisches Landes-Sicherheitsgesetz (StLSG)

§ 3a Bettelei

(1) Wer in aufdringlicher Weise, wie durch Anfassen, unaufgefordertes Begleiten und Beschimpfen, um Geld oder geldwerte Sachen bettelt, begeht eine Verwaltungsübertretung.

(2) Wer eine unmündige minderjährige Person (im Sinne des § 21 ABGB) zum Betteln, in welcher Form auch immer, veranlasst oder diese bei der Bettelei mitführt, begeht eine Verwaltungsübertretung.

Bereits im Juni 2023 forderten wir in einem Dringlichkeitsantrag die Anpassung des Steiermärkischen Landessicherheitsgesetz nach Vorbild der entsprechenden Passage des §29 Salzburger Landessicherheitsgesetz in Bezug auf das sektorale Bettelverbot.

Zusätzlich zur Herausforderung der Bettelei an belebten und beliebten Plätzen, kommt vor allem in der Grazer Innenstadt das Betteln mit Tieren, insbesondere mit Hunden oder teilweise auch Katzen.

Auch hier ist uns der Salzburger Landesgesetzgeber in § 29 Salzburger Landessicherheitsgesetz einen Schritt voraus und schafft im § 29 (Abs.1) Zi 2 ein entsprechendes Verbot.

§ 29 Salzburger Landessicherheitsgesetz: Bettelei

(1) Eine Verwaltungsübertretung begeht, wer

- 1. in aufdringlicher oder aggressiver Weise, wie durch Anfassen, unaufgefordertes Begleiten oder Beschimpfen, bittelt;*
- 2. unter Mitwirkung einer unmündigen minderjährigen Person oder unter Mitnahme eines Tieres in welcher Form auch immer bittelt;*
- 3. eine andere Person zum Betteln, in welcher Form auch immer, veranlasst oder Betteln organisiert;*
- 4. entgegen einer Verordnung gemäß Abs 2 bittelt.*

Nachdem es in Graz vermehrt auch zu Betteln mit tierischen Anhang kommt und der Platz im öffentlichen Raum vor allem in touristisch gut besuchten Gassen nur im geringen Ausmaß verfügbar ist, entstehen immer wieder Situationen, die potenziell gefährlich sind.

Um Vorfällen vorzugreifen, soll also das Steiermärkische Landes-Sicherheitsgesetz derart angepasst werden, dass das Betteln unter Mitnahme von Tieren untersagt wird.

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

Dringlicher Antrag

*gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Landesgesetzgeber wird durch den Gemeinderat der Stadt Graz auf dem Petitionsweg aufgefordert, § 3a des Steiermärkischen Landes-Sicherheitsgesetzes dahingehend zu ändern, dass – angelehnt an § 29 Salzburger Landessicherheitsgesetz –

das Betteln unter Mitnahme von Tieren verboten wird und damit auch in Graz in Zukunft durch Verordnung der Gemeinde ein Verbot erlassen werden kann.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Frau Gemeinderätin Pogner.

Gemeinderätin **Pogner**:

Werte Frau Bürgermeisterin. Tiere sollten eigentlich nicht dabei sein beim Betteln, es geht ja auch darum um die Sicherheit und nicht nur, dass die Tiere selbst gefährdet sind. Die könnten von einem Auto angefahren werden oder sonst in gefährliche Situationen kommen. Es ist aber auch so, dass es dann oft zu Konflikten kommt mit anderen Hunden oder auch Hundehaltern und so gesehen wäre es natürlich sicherer und verantwortungsbewusster, wenn man diese Tiere zu Hause behalten würde oder in einer anderen sicheren Umgebung. Vor allem ist es dann ja auch so, dass sehr viele Menschen dann Mitleid mit diesen Tieren haben und diese unterstützen wollen. Das ist natürlich nicht der richtige Weg, um eine langfristige Unterstützung zu gewährleisten. Somit wäre es natürlich auch sicherer, eine Alternative zu finden und um diese Tiere dann auch in einer entsprechenden Umgebung zu unterstützen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Weitere Wortmeldungen? Ist nicht der Fall. Zur Dringlichkeit noch ein Schlusswort?

Gemeinderat **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, die Kollegin Schlüsselberger hat uns heute schon berichtet von den Hitze-Hotspots, die es in Graz durchaus wieder geben wird,

durchaus möglich, auch wenn man sie nicht unbedingt als Wetterfrosch bezeichnen kann, aber ist ja durchaus möglich. Fakt ist, es wird heiße Tage geben im Sommer, keine Frage. Der springende Punkt ist, ich glaube, jeder weiß, dass ein Tier nicht von Haus aus, aber auch die meisten Menschen nicht von Haus aus gerne, indem sie in der prallenden Sonne, in der wirklichen Hitze lange Zeit verbringen möchten.

Und ich glaube, jeder, dem auch der Tierschutz am Herzen liegt, sollte hier dem Beispiel von Salzburg folgen, sollte diese Form des Bettelns unterbieten, nicht nur aufgrund der angesprochenen Sicherheitsbedenken, die mehr als berechtigt sind, sondern auch aufgrund des Tierschutzgedankens, den wir auch in unserer Verfassung mittlerweile als Staatsschutzziel verankert haben. Infolgedessen bitte ich um eine breite Zustimmung, weil es doch ein gemeinsames Zeichen für ein relativ unpolitisches Thema wäre, nämlich der Tierschutz.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Wer ist für die Dringlichkeit? Gegenprobe. Damit ist die Dringlichkeit abgelehnt.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich abgelehnt (gegen ÖVP, KFG, FPÖ, GR Eustacchio).

8.8 Grazer Erstwähler:innen-Fest

(GR Mag. Pointner, NEOS)

Gemeinderat **Pointner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen. Super Wahljahr 2024 und wir haben allein in Graz 12.000 Erstwähler:innen. Hermann Hesse sagt in seinem Gedicht, "jeden Anfang wohnt ein Zauber inne". Ich

kann mich noch sehr, sehr gut daran erinnern, wie ich zum ersten Mal das Wahlrecht ausgeübt habe. Das war schon ein sehr, sehr wichtiger Moment. Bei mir war es noch mit 18, heute ist es mit 16 und das ist ja einer der wenigen Bereiche mittlerweile in der EU, wo Österreich leider, muss man sagen, eine Vorreiterrolle hat oder fast ein Alleinstellungsmerkmal. Wir haben das Wahlalter auf 16 gesenkt und das ist gut so. Aber wir haben damit auch eine Aufgabe und eine Verantwortung gegenüber den jungen Menschen übernommen, denn eine eventuelle erste Begeisterung soll ja nicht verpuffen und die Wichtigkeit des Wahlrechts und die Relevanz jeder einzelnen Stimme, das soll den jungen Menschen ja verdeutlicht werden und sie sollen darin bestärkt werden, dass sie dieses Wahlrecht ausüben.

Wie ich mich zum ersten Mal vor jetzt ein bisschen mehr als zweieinhalb Jahren in Graz zum ersten Mal einer Wahl gestellt habe, das war das Jahr 2021, war ich absolut schockiert über die Wahlbeteiligung. Wir hatten, ich habe es jetzt noch einmal nachgeschaut, 54% und das ist schrecklich, weil das ist eine Gefahr für unsere Demokratie und für unseren Rechtsstaat. Deshalb kann ich da parteiübergreifend nur appellieren, wir müssen jede Maßnahme ergreifen und unterstützen, dass wir die Wahlbeteiligung wieder raufbringen und besonders bei den jungen Menschen sind wir sind hier in der Verantwortung und daher die Idee des Dringlichen Antrags. Begleiten wir die jungen Menschen doch und richten ein Fest für sie aus. Unsere Jugendorganisationen von den in diesem Superwahljahr gewählten Parteien sollen gemeinsam im Schlosshof von Schloss Eggenberg, Weltkulturerbe, ein großes Fest ausrichten, wo die jungen Erstwählerinnen und Erstwähler eingeladen werden, sich mit den dann gewählten Mandatar:innen auszutauschen und gemeinsam die Demokratie zu feiern.

Und ich hoffe, dass das heute einen großen Anklang findet, dass diese Idee, die für unsere Demokratie und für eine Begeisterung für unsere Demokratie, die besonders auch in Richtung EU eine wichtige ist. Die EU-Wahl ist leider im Bewusstsein der Bevölkerung noch immer unterbelichtet und es geht doch so viel bei der EU-Wahl um unsere Zukunft, wie es auch dann selbstverständlich bei der Nationalratswahl und bei

der steirischen Landtagswahl um unsere ganz persönliche Zukunft geht. Feiern wir mit den jungen Menschen, begeistern wir sie für die Demokratie, sagen wir ihnen mit diesem Fest: Ja, deine ganz individuelle Stimme, wem immer du sie auch gibst, die ist wichtig. Überlege es dir genau und trag den Zauber des Anfangs weiter, weil das ist das Schlimmste, wenn der Zauber, der jedem Anfang inne wohnt, irgendwann einmal erlischt. Das dürfen wir nicht mehr weiter geschehen lassen. Deshalb stelle ich den

Dringlichen Antrag,

die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, wie ein Grazer Erstwähler:innen Fest nach der EU-Wahl am 9. Juni 2024 und in weiterer Folge nach jeder Wahl zur Umsetzung gebracht werden kann. Das Ergebnis der Prüfung ist dem zuständigen Gemeinderatsausschuss spätestens im Juli 2024 mitzuteilen.

Ich bitte herzlich um breitestmögliche Zustimmung für dieses Herzensanliegen.

Originaltext des Dringlichen Antrages:

Das Jahr 2024 gilt gemeinhin als Superwahljahr. Bereits in wenigen Wochen findet die EU-Wahl - dann im September die Nationalratswahl und schließlich im November die Landtagswahl in der Steiermark statt. Für rund 12.000 Grazerinnen und Grazer werden diese Wahlen die ersten in ihrem Leben sein - wenn sie denn zur Wahl gehen. Und mit dem Gebrauch ihres Wahlrechts wird eine ganze Generation eine Erstwählerfahrung machen, die ihre weitere Einstellung zu Wahlen und somit auch zu unserem demokratischen Verständnis prägen wird, wie wissenschaftliche Studien herausgefunden haben. Ein genauerer Blick auf diese "Wähler:innen-Gruppe" lohnt sich also besonders deswegen, weil unsere liberale Demokratie von der Teilnahme an Wahlen lebt.

In Österreich wurde mit der Wahlrechtsreform 2007 das Wahlalter auf 16 Jahre herabgesetzt. Mit diesem niedrigeren Wahlalter nimmt unser Land in der EU bis heute eine Vorreiterrolle ein und die Erfahrungen stehen international im Interesse der

Öffentlichkeit. So hat sich auch die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik in einem Policy Brief die Erfahrungen mit dem niedrigeren Wahlalter im Jahr 2018 näher angeschaut. Diese kommt in ihren Handlungsempfehlungen mitunter zum Schluss, dass eine Herabsetzung des Wahlalters auf 16 aus demokratiepolitischer Sicht Sinn macht, wenn sie von einer Strategie zur dauerhaften Einbindung der Jugendlichen in den politischen Prozess begleitet wird. Diese sollte jedenfalls politische Bildung an allen Schulen sowie außerschulische Informationsangebote beinhalten.

Wie eine Hintergrundrecherche zur nationalen und internationalen Forschung und Praxis der deutschen Bertelsmann-Stiftung zum Thema "Wählen ab 16" passend ergänzt, ist die Erhöhung der Selbstwirksamkeit grundsätzlich ein wichtiger Schritt, um junge Menschen langfristig davon zu überzeugen, dass sich politisches und zivilgesellschaftliches Engagement lohnt. Dabei muss das Ziel nicht immer die nationale Ebene sein. Im Gegenteil, oft lassen sich Wirkungseffekte eher auf lokaler Ebene erreichen, wo die Prozesse überschaubarer sind. Von Wien über Schottland bis hin nach Norwegen und zu den Vereinigten Staaten von Amerika finden sich unterschiedlichste Projekte, um diese Selbstwirksamkeit für die junge Generation erlebbar zu machen und die Erstwählerfahrung zu stärken.

Um genau dieselben Ziele wie oben genannt zu erreichen und einen Mehrwert im eigenen Wirkungsbereich der Stadt im Sinne der politischen Bildung und Beteiligung für die nächsten Generationen zu generieren, muss aus Sicht von uns NEOS die Stadt Graz selbst aktiv werden. Zum Beispiel, indem alle Grazer Erstwähler:innen nach einer Wahl zu einem sogenannten Erstwähler:innen-Fest in den Schlosspark Eggenberg eingeladen werden, welches von den Jugendorganisationen der gewählten Parteien organisiert wird. Im Zentrum der Veranstaltung sollte dabei der Kontakt zwischen den Wähler:innen und den gewählten Mandatar:innen stehen, da dieser das Ergebnis der Wahl und deren Wirkung am besten zeigt.

Im Sinne des Motivenberichts und aufgrund der Dringlichkeit im Hinblick auf das bevorstehende Superwahljahr 2024 stelle ich namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Grazer Gemeinderat den

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, wie ein Grazer Erstwähler:innen-Fest nach der EU-Wahl am 9. Juni 2024 und in weiterer Folge nach jeder Wahl zur Umsetzung gebracht werden kann.

Das Ergebnis der Prüfung ist im zuständigen Gemeinderatsausschuss spätestens im Juli 2024 mitzuteilen.

Bürgermeisterin **Kahr:**

Danke, ich bitte um Wortmeldungen zur Dringlichkeit. Das ist nicht der Fall, dann kommen wir zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer ist dafür? Gegenprobe. Dringlichkeit ist somit abgelehnt.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich abgelehnt (gegen ÖVP, NEOS).

8.9 Marktbeschicker:innen am Kaiser-Josef-Platz und am Lendplatz bei Parkgebühren entlasten

(GRⁱⁿ Reininghaus, NEOS)

Gemeinderätin **Reininghaus:**

Hoher Stadtsenat, liebe Kollegen und Kolleginnen. Wenn man an den Kaiser-Josef-Platz denkt, dann denkt man nicht an den größten Grazer Holzmarkt, der er bis zu seiner Umbenennung im 19. Jahrhundert war. Nein, wenn man an den Kaiser-Josef-Platz denkt, dann denkt man vor allem an kulinarische Genüsse: Das frische Obst, das Bauernbrot mit der knusprigen Rinde, das echt steirische Kernöl, die großen Eier mit den dunklen Eidottern, der duftende Käse, lange gereift, Wurst- und

Fleischspezialitäten vom glücklichen Schwein, selbstgebackene Kuchen bis hin zu liebevoll gezogenem Pflanzen aus dem Bauerngarten. Das alles bringen die Bäuerinnen und Bauern frisch zu uns in die Stadt, damit auch wir Städter uns gesund ernähren können.

Und damit das überhaupt möglich ist, sind diese Marktbesicker:innen am Kaiser-Josef-Platz und am Lendplatz. Ich erwähne die zwei Märkte deswegen, weil das die einzigen zwei Bauernmärkte sind, die tatsächlich von Montag bis Samstag geöffnet haben, und das von 6 bis 13 Uhr, während alle anderen zwölf Bauernmärkte quasi teilweise nur einen Tag die Woche offen haben. Also, diese Marktbesicker sind von Montag bis Samstag für uns unterwegs. Aber wie geht es eigentlich den Bauern und Bäuerinnen mit ihren Marktständen am Kaiser-Josef-Platz? Da habe ich jetzt Gespräche geführt mit drei unterschiedlichen Marktstandler:innen, wie wir das so schön sagen, und die sagen unisono Folgendes: Die Kundenfrequenz am Bauernmarkt sei seit der Wiedereröffnung nach dem Umbau im Oktober 1992 rückläufig. Ich meine, ich konnte das nicht prüfen, ich erzähle Ihnen das hier einfach ungeprüft, und der Bauernmarkt wäre für diese Bauern und Bäuerinnen wirklich kaum mehr rentabel. Die haben mir dann eben vorgerechnet, dass sie zum Beispiel für das Parken des Lieferwagens in der Kurzparkzone während der Öffnungszeiten des Marktes täglich 9€ ausgeben. Das macht also in der Woche 54€ und somit kommt man dann, wenn ich es mit 4,3 Wochen rechne, so wie man halt buchhalterisch oder lohnverrechnerisch einen Monat rechne, auf 232,20€. Dazu kommen natürlich noch die Marktgebühren für den zugewiesenen Marktstandplatz, der sich gemäß § 8a der Grazer Marktgebührenordnung an den Öffnungszeiten orientiert. Je länger die offen haben, umso teurer ist quasi der Tisch oder der Stand, für den sie zahlen müssen. Das macht im Monat immerhin € 551,50 ohne Arbeitskosten, ohne Kosten der Bewirtschaftung, Transportkosten oder Sonstiges zu berücksichtigen.

Und ich habe mir dann auch so ein bisschen allgemein die agrarischen Einkommen angesehen, da gab es zwar 2021 einen leichten Anstieg, dennoch blieb die Rentabilität

durch die Teuerung stark bedroht und das hat schließlich 2023 überhaupt zu einer rückläufigen realen Einkommenssituation aus landwirtschaftlicher Tätigkeit geführt. Und laut Schätzungen der Statistik Austria zur landwirtschaftlichen Gesamtrechnung soll sich das landwirtschaftliche Faktor-Einkommen je Jahresarbeitseinheit 2023 real um ganze 21,4 % verringert haben. Warum? Starke Preisrückgänge für Getreide und Ölsaaten, weniger öffentliche Gelder und gestiegene Abschreibungen, das sollen die Gründe sein laut Statistik Austria für diese Einkommensentwicklung.

Naja, aber bitte, nachdem dieser Kaiser-Josef-Platz und der Landplatz doch zum Stadtbild von Graz gehören, wie die Grazer und Grazerinnen selbst zu Graz oder nach Graz gehören, das ist doch etwas, was wir uns besonders lieben und daher stelle ich den

Dringlichen Antrag,

die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, den Marktbesucher:innen am Kaiser-Josef-Platz und am Landplatz aufgrund der ausgedehnten Öffnungszeiten, den Kauf, bitte, ich will nichts geschenkt, den Kauf einer speziellen Jahresparkkarte zu ermöglichen, um sie zumindest hinsichtlich ihrer Kosten für das Parken ein wenig zu entlasten. Bitte, das können wir doch auch annehmen, da geht es um ein paar Euro, danke.

Originaltext des Antrages:

Mit den insgesamt 14 Grazer Bauernmärkten

(<https://www.graz.at/cms/ziel/7747212/DE/>) assoziieren Grazerinnen und Grazer vor

allem das Angebot an vielfältigen kulinarischen Genüssen. Obst, echtes Bauernbrot,

Kernöl, Käsespezialitäten, Speck, selbstgebackene Kuchen, Fruchtsäfte und gezogene

Pflänzchen aus dem Bauerngarten. Schon vor sechs Uhr morgens liefern Landwirt:innen

aus dem steirischen Umfeld ihre selbst erzeugten Produkte in die Stadt Graz und bieten

ein Sinneserlebnis der besonderen Art

(<https://www.bergfex.at/sommer/graz/highlights/5129-kaiser-josef-markt/>).

Graz ist übrigens Österreichs einzige Genuss-Hauptstadt, weil sie die wichtigsten Zutaten der Kulinarik in höchster Qualität direkt aus der Region bezieht und zusammen mit der steirischen Lebensfreude und der einzigartigen Atmosphäre der Altstadt, aus Gaumenfreuden ein Lebensgefühl macht. Und an diesem Lebensgefühl tragen die beliebten Grazer Bauernmärkte einen gehörigen Anteil
(<https://www.steiermark.com/de/Region-Graz/Region/Genuss-und-Wohlbefinden/Kulinarik/GenussHauptstadt-Graz>).

Darum hat mich etwas verwundert, dass ich bei kürzlich geführten Gesprächen mit Marktstandler:innen am Kaiser-Josef-Platz unisono hörte, dass die Kundenfrequenz am Bauernmarkt seit der Wiedereröffnung nach dem Umbau im Oktober 2019 rückläufig wäre und dass der Bauernmarkt für viele kaum rentabel sei. Es bliebe kaum etwas übrig und so koste alleine das Parken des Lieferwagens in der Kurzparkzone während der Öffnungszeiten des Marktes täglich 9 Euro, 54 Euro pro Woche und somit 232,20 Euro monatlich. Hinzu kommen die Marktgebühren für den zugewiesenen Marktstandplatz, der sich gemäß § 8a der Grazer Marktgebührenordnung an den Öffnungszeiten (Mo – Sa, von 6 – 13 Uhr) bemisst und daher am Kaiser-Josef-Platz und Lendplatz monatlich 319,30 Euro ausmacht
(https://www.graz.at/cms/beitrag/10324165/9229557/Grazer_Marktgebuehrenordnung.html
https://www.graz.at/cms/beitrag/10363908/7765198/Grazer_Marktordnung.html#tb8).

Das ergibt immerhin Kosten von € 551,50 monatlich, ohne Arbeitskosten, Kosten der Bewirtschaftung, oder Transportkosten zu berücksichtigen.

Obwohl die agrarischen Einkommen 2021 einen leichten Anstieg verzeichneten, blieb die Rentabilität durch die Teuerungen stark bedroht, was 2023 zu rückläufigen realen Einkommen aus landwirtschaftlicher Tätigkeit führte. Laut Schätzungen der Statistik Austria zur landwirtschaftlichen Gesamtrechnung soll sich das landwirtschaftliche

Faktoreinkommen je Jahresarbeitseinheit 2023 real um 21,4 % verringert haben. Starke Preisrückgänge für Getreide und Ölsaaten, weniger öffentliche Gelder und gestiegene Abschreibungen sollen nach Einschätzung der Statistik Austria für diese Entwicklung ursächlich sein (https://www.statistik.at/fileadmin/user_upload/SB_1-36-LGR-2023.pdf).

Nachdem sich der Kaiser-Josef-Platz und der Lendplatz besonderer Beliebtheit bei Grazer:innen und Gästen gleichermaßen erfreut und diese Bauernmärkte im Gegensatz zu den anderen Bauernmärkten die ganze Woche offen halten, stelle ich gemäß § 18 der Gemeinderatsordnung folgenden

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, den Marktbesicker:innen am Kaiser-Josef-Platz und am Lendplatz, aufgrund der ausgedehnten Öffnungszeiten, den Kauf einer speziellen Jahres-Parkkarte zu ermöglichen, um sie zumindest hinsichtlich ihrer Aufwendungen für das Parken ein wenig zu entlasten.

Bürgermeisterin **Kahr:**

Danke. Wortmeldungen zur Dringlichkeit. Frau Gemeinderätin Potzinger.

Gemeinderätin **Potzinger:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hoher Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, die uns immer noch zuschauen und dem Laufe der Gemeinderatssitzung folgen. Liebe Antragstellerin, du bist genauso begeistert von unseren Grazer Bauernmärkten wie ich. Ich darf dir sagen, ich bin seit über 50 Jahren regelmäßige Kundin am Kaiser-Josef-Platz und kenne die Standler auch gut. Ich habe auch diese Klagen schon gehört. Wir sind sehr froh, dass wir eben die naturnah

produzierten Lebensmittel in die Stadt gebracht bekommen und die Produkte dann auch genießen können. Wir sind als ÖVP-Fraktion sehr, sehr dankbar, dass unser Stadtrat Kurt Hohensinner sich so gut um die Bauern kümmert. Jedes Mal, wenn ich auf den Markt gehe, sage ich, ich bin nur ein kleines Werkzeug vom Stadtrat Hohensinner „Habt ihr irgendein Anliegen? Soll ich etwas mitnehmen?“ dann sagen sie mir, es passt. Also, es geht uns gut, wir sind sehr glücklich. Danke, Herr Stadtrat. Aber jetzt zu deinem Anliegen, liebe Sabine. Im Antrag steht, du möchtest, dass aufgrund ausgedehnter Öffnungszeiten eine spezielle Parkkarte ermöglicht wird. Die Öffnungszeiten sind immer gleich. Die sind in den letzten 50 Jahren nicht ausgedehnt worden. Sie sind von 6 bis 13 Uhr im Vergleich zu den anderen Märkten gut, Bauernmarkt St. Peter auch nicht schlecht, aber jeden Tag geöffnet von Montag bis Samstag. Und wenn man aber deinem Vorschlag Folge leisten würde, würde das bedeuten, dass in der Kurzparkzone, in der Nähe der Bauernmärkte, dann praktisch die LKWs, die Lieferwagen, die Laster der Bauern stehen während der Öffnungszeiten des Bauernmarktes und die Kunden immer weniger Parkfläche zur Verfügung haben. Im Übrigen geht es nicht nur um den Lendplatz und den Kaiser-Josef-Platz, ich denke zum Beispiel an dem wunderbaren neuen Bauernmarkt bei Reininghaus, wo sowohl Beschickerinnen und Beschicker als auch Kundinnen und Kunden sich immer wieder beschweren, dass sie aufgrund von Übertretungen der STVO mit Organstrafen bestückt werden, d.h. Strafe zahlen müssen, weil das Parken eben nicht so erfolgt, wie es der Straßenverkehrsordnung entspricht, aber aus der Not heraus. Man muss schauen, dass die Kundinnen und Kunden auch parken können, deshalb stelle ich, und im Namen der ÖVP-Fraktion, jetzt schon einen Abänderungsantrag oder kündige ihn an, weil ich ja nicht weiß, ob die Dringlichkeit durchgeht, und wenn euch wichtig ist, dass dieser Abänderungsantrag dann auch abgestimmt werden kann, dann bitte ich einfach um Zugestehen der Dringlichkeit.

Die zuständigen Stellen, insbesondere das Straßenamt, sollen für alle Grazer Produzentenmärkte prüfen, wirklich für alle, wie die Beschickerinnen und Beschicker in zumutbarer Distanz ausreichende und leistbare Parkplätze erhalten können.

Und jetzt kommt das Wesentliche für die Kunden und zu Marktkunden, für die Kunden die besten Parkmöglichkeiten in unmittelbarer Marktgegend entstehen können. Es geht wirklich darum, dass man eben nicht, wie auch schon einmal gesagt wurde, nicht von meiner Fraktion, man könne ja auch weiter wegparken und die Sachen dann tragen. Bitte wenn ich 5 Kilo Äpfel, 5 Kilo Erdäpfel, 2 Kilo Zwiebeln und sonstiges kaufe, kann ich das nicht ein Kilometer weit spazieren tragen. Das heißt, wir brauchen für diejenigen Kundinnen und Kunden, die aus welchen Gründen auch immer auf ein Auto angewiesen sind, nichts gegen die Radfahrer und so weiter, die ihre Sachen im Körbel dort transportieren, aber es gibt auch Leute, die auf das Auto angewiesen sind, dass die in unmittelbarer Marktgegend ausreichend Parkmöglichkeiten haben und deshalb mein

Dringlicher Antrag,

dass geprüft wird die Einführung einer 30-minütigen Parkdauer während der Marktzeit.

Derzeit haben wir ja die eineinhalb Stunden in der Kurzparkzone, weil durch diese 30 Minuten kann man wesentlich dann die Frequenz erhöhen, ich behaupte jetzt aus meiner Erfahrung, innerhalb von 30 Minuten kann ich am Markt alles einkaufen, was ich brauche, und gibt den Parkplatz dann wieder frei und es haben dadurch bis zu dreimal so viele Leute die Möglichkeit mit ihrem Auto zum Markt zu fahren und dort einzukaufen.

Das wäre dann der Abänderungsantrag, um möglichst vielen Kunden diese Möglichkeit zu bieten und sehr wohl Rücksicht zu nehmen auf die Beschickerinnen und Beschicker, dass die in weiterer Umgebung des Marktes dann Abstellflächen bekommen, die dann auch günstig sein sollen. Wie man das dann regelt, mit einer Jahreskarte oder wie auch immer, vielleicht ähnlich wie bei den Anrainer-Tickets. Aber mir ist es wichtig, dass auch die Konsumentinnen und Konsumenten die Parkmöglichkeit direkt am Markt haben, die das Auto brauchen, denn unsere Bauern klagen deshalb über eine zurückgehende Frequenz, weil sie zu wenig Geschäft machen. Weil die Lage derzeit,

was das Parken betrifft, suboptimal ist und da eben die Bitte an das Straßenamt, diese Möglichkeit zu prüfen.

Originaltext des Abänderungsantrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Die Situation der Parkplätze für die Marktbesicker ist insbesondere in der Innenstadt prekär, aber ebenso auf fast allen anderen Märkten im Stadtgebiet durchaus schwierig.

Verschärft wurde die Problematik durch zahlreiche Parkplatzreduktionen der letzten beiden Jahre im Umfeld von Märkten. So sind z.B. in Reininghaus so gut wie keine Parkplätze für Beschickerinnen und Beschicker sowie Kundinnen und Kunden vorhanden. Es kommt ständig zu Übertretungen der StVO und Organstrafen für Kundeninnen und Kunden sowie Beschickerinnen und Beschicker.

Auch ältere sowie mobilitätseingeschränkte Personen lieben die nachhaltigen Grazer Märkte aufgrund ihrer frischen, saisonalen, regionalen Produkte und würden diese noch stärker nützen, wenn sie diese besser erreichen könnten.

Aus den genannten Gründen stelle ich daher namens des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden

Abänderungsantrag:

Die zuständigen Stellen, insbesondere das Straßenamt, sollen für alle Grazer Produzentenmärkte prüfen, wie für Beschickerinnen und Beschicker in zumutbarer Distanz ausreichende und leistbare Parkplätze geschaffen werden können und zu Marktzeiten für die Kunden die Parkmöglichkeiten in unmittelbarer Marktgegend verbessert werden können, beispielsweise durch Einführung einer 30minütigen

Parkdauer während der Marktzeiten, um mehr Kunden, die auf ihr Auto angewiesen sind, das Einkaufen am Bauernmarkt zu ermöglichen.

Gemeinderat **Ammerer**:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Stadtsenat, werte Zuseherinnen und Zuseher, liebe Sabine Reininghaus, liebe Antragstellerin. In aller Kürze, ich finde deine Intention mit diesem Antrag wirklich sehr gut, allerdings können wir ihm nicht ganz folgen. Und zwar, du forderst in deinem Antragstext reduzierte Tickets für die Beschicker:innen der Bauernmärkte. Diese Beschicker:innen haben bereits ein reduziertes Ticket, nämlich das der fahrenden Werkstatt, so heißt es in der Verordnung, mit einem Sondertarif, wo sie eben für fünf Stunden, wie du in deinem Antrag ganz richtig schreibst, diesen Tarif bezahlen. Im Übrigen, Parken ist bis 9 Uhr kostenlos. Und dann sind diese fünf Stunden, bis der Stand eh abgebaut wird, voll ausgeschöpft. Und das geht sich mit diesem Ticket genau aus. Das ist also genau das reduzierte Ticket, das im Antragstext am Schluss gefordert wird.

Wir haben uns erkundigt, wir haben das prüfen lassen, auch im Straßenamt. Wir sind mit diesem Ticket eigentlich am Ende der Fahnenstange, was die Verordnung dazu angeht. Weniger ginge im Rahmen dieser Verordnung, die in Kraft ist, nicht. Aus diesem Grund können wir dem heute leider auch nicht zustimmen. Wir können aber gerne, und das möchte ich wirklich betonen, darüber reden, erstens die reduzierten Tickets besser bekannt zu machen und auch darüber reden, wie wir das ausbauen könnten in einer allfälligen Veränderung der Verordnung oder dergleichen. Da sind wir ja offen für Gespräche, aber im Rahmen der bestehenden Verordnungslage können wir nicht weitergehen. Und tut mir leid, aber wir können da der Dringlichkeit deshalb nicht zustimmen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit, das ist nicht der Fall. Frau Gemeinderätin, bitte. Nicht mehr? Dann kommen wir zur Abstimmung, wer ist für die Dringlichkeit? Gegenprobe. Die Dringlichkeit ist damit nicht gegeben.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich abgelehnt (gegen ÖVP, NEOS, FPÖ, GR Eustacchio).

8.10 Mountainbiken Florianiberg/Buchkogel/Plabutsch

(GR Wagner, FPÖ)

Gemeinderat **Wagner**:

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, ganz ungewöhnlich heute einmal zwei Fahrradanhträge von meiner Seite. Man mag es nicht glauben, ich weiß, wie ein Fahrrad ausschaut und ich benutze es manchmal auch. Ich glaube, ohne Zweifel sind wir uns einig, dass wir im Westen von Graz mit dem Florianiberg, Buchkogel und Plabutsch ein sehr schönes, tolles Naherholungsgebiet haben, das glücklicherweise auch schon sehr gut genutzt wird, von Wanderern, von Bikern und Naturliebhabern. Heute ist ein schöner Tag, denn heute wird hier der Fürstenstand und das dazugehörige Restaurant offiziell eröffnet. Ich glaube, wir dürfen davon ausgehen, dass es hoffentlich so sein wird, dass sich dieses Ausflugsziel großer Beliebtheit erfreuen darf und somit auch mehr Frequenz in der Gegend passieren wird.

Zu bedauern ist allerdings, dass haben wir in den letzten Jahren immer wieder gehabt, das haben wir heute natürlich schon besprochen mit der Fußgängerzone in Graz, da ist das ein ähnliches Problem, wenn unterschiedliche Verkehrsteilnehmer aufeinander treffen. Das ist halt am Berg auch nicht viel anders. Du hast den Mountainbiker, der seine Interessen hat, und du hast den Wanderer, der natürlich eine andere

Geschwindigkeit und andere Interessen hat. Das führt bekanntlich zu Konflikten. Ein wesentlicher Baustein, um die Konflikte einfach schon im Vorfeld aus dem Weg zu räumen, bevor durch einen größeren Andrang mehr passiert und mehr Ärger passiert, ist es eben, da wirklich eine durchgehend beschilderte Mountainbike-Strecke zu planen und umzusetzen.

Da gibt es eben aus dem Bezirksrat Anträge zu dem ganzen Thema, gemeinsame Anträge von FPÖ, ÖVP, SPÖ und KPÖ. Da war die Sprache von einem Buchkogel-Mountain-Trail, der soll beim Schloss St. Martin in Mantscha unter Umständen losgehen, Steinbergstraße hinten wieder runterfahren. Dann könnte man sich vorstellen, weiter zu Herrgott auf der Wies und vielleicht Fürstenstand und die Burgruine Gösting dann auch wieder mitnehmen. Eine schöne, runde Geschichte, weil momentan ist es einfach so, dass wir ein Stückwerk haben. Wir haben den Westseits-Trail, wir haben den Nightrider. Das ist eine einzelne Anlage. Wir haben die Forststraße, die man natürlich befahren darf. Aber wenn man sich dann dort bewegt, merkt man halt immer wieder, dass dann irgendwann, weil es dann weiterführend keine Strecken gibt, die wirklich auch ganz klar beschildert ist, sich jeder so ein bisschen durch den Wald seine Strecke sucht. Da kreuzt er entweder ein Wanderer oder stört er natürlich die Tiere dort und das soll es nicht sein.

Und genau deshalb kommt die Idee dieses Dringlichen Antrags und es gibt halt inzwischen ein paar Veränderungen, die das vielleicht ein bisschen einfacher machen. Der Stadtförster Bedenk hat ja festgestellt, dass die Grundlagen momentan nicht relativ gut sind. Es gibt die Freizeitpolizei Neu, es gibt natürlich motivierte Bike-Vereine, die wir zum Glück schon immer in Graz haben. Es gibt hier anscheinend eine Diplomarbeit, die sich mit den Rechtsgrundlagen auseinandergesetzt hat. Und wir haben seit 2021 diesen Mountainbike-Landeskoordinator. Leider ist eben vor allem direkt für die Stadt Graz hier noch nicht viel passiert. Wir haben im Norden von Graz mit dem Schöckl ja ein sehr gutes Beispiel, aber von Graz bis zum Schöckl ist es meist ein weites Stück. Und man beobachtet es selber, sehr viele packen das Fahrrad dann auf einen Radelträger, fahren dann rauf zum Schöckl, weil dort kann ich mich sicher auf

diesen Strecken bewegen, packen das wieder auf das Auto und kommen zurück. In der Nähe wäre auch der Plabutsch, da könnte man das alles komplett vermeiden, weil da kann fast jeder, der mit dem Mountainbike fährt, auch gleich direkt mit dem Rad von zu Hause aus erreichen. Und deshalb der

Dringliche Antrag,

der folgendermaßen lautet: Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden aufgefordert, möglichst nach Abhaltung eines runden Tisches die Errichtung der im Motivenbericht beschriebene Mountainbike-Strecke zu prüfen und dem Gemeinderat bis zu seiner September-Sitzung darüber Bericht zu erstatten. Mit der Bitte um Annahme.

Originaltext des Dringlichen Antrages:

Im Westen von Graz haben wir mit dem Florianiberg, Buchkogel und Plabutsch ein wunderschönes Naherholungsgebiet, das von Wanderern und Mountainbikern gut genutzt wird.

Heute wird der Fürstenstand und das neue Restaurant offiziell eröffnet, was eine Bereicherung für dieses beliebte Ausflugsziel ist. Dadurch ist erfreulicherweise anzunehmen, dass nun wesentlich mehr Menschen dieses Erholungsgebiet besuchen und nutzen.

Zu bedauern ist allerdings, dass es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen Wanderern und Bikern kommt. Dieses Problem wurde auch schon mit Initiativen im Bezirksrat Straßgang aufgegriffen.

Ein wesentlicher Baustein, um dieses Problem in den Griff zu bekommen, wäre die Installation einer durchgehenden und deutlich beschilderten Mountainbikestrecke. Dies ist selbstverständlich nicht einfach, da es unterschiedliche Interessensgruppen sowie Grundstückseigentümer gibt.

Laut Stadtförster Ofö. Ing. Peter Bedenk wären prinzipiell gute Grundlagen vorhanden (Freizeitpolizze neu, motivierte Bikevereine, eine Diplomarbeit welche die Rechtsgrundlagen erörtert, ein Landeskoordinator, Entwürfe für Verträge und Vereinbarungen, gute Beispiele in Graz-Umgebung Nord). Allerdings benötigt es eine gute Koordination und gemeinsame Nutzung der Ressourcen, um hier zur Umsetzung zu kommen.

Namens des freiheitlichen Gemeinderates Günter Wagner ergeht daher nachfolgender

Dringlicher Antrag

gem. § 18 der GO des Gemeinderats

der Landeshauptstadt Graz:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden aufgefordert möglichst nach Abhaltung, eines Runden Tisches die Errichtung der im Motivenbericht beschriebenen Mountainbikestrecke zu prüfen und dem Gemeinderat bis zu seiner September-Sitzung darüber Bericht zu erstatten.

Gemeinderat **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werter Antragsteller. Aufgrund der großen Befürchtung, dass wir vielleicht über die Dringlichkeit nicht hinauskommen, würde ich jetzt gleich den Abänderer einbringen. Von der Diagnose liegst du in vielen Bereichen richtig, ich glaube, jeder, der im Bereich Florianiberg, Buchkogel, Plabutsch unterwegs ist, weiß, dass es da große Konflikte gibt. Ich gehe selbst sehr gerne in diesem Bereich laufen. Es gibt Mountainbiker, die sind sehr rücksichtsvoll, es gibt Mountainbiker, die halten sich weniger an die Regeln, wie auch immer man das jetzt nett formulieren möchte. Fakt ist, es gibt Probleme. Es gibt aber nicht nur Probleme mit den

Wanderern, mit den Läufern, es gibt genauso Probleme mit den Anrainern, die in unmittelbarer Nähe zu diesen Strecken, zu diesen Wanderwegen wohnhaft sind. Und du hast auch etwas sehr, sehr Wichtiges gesagt, nämlich in Graz ist eigentlich ein Stückwerk gegeben, was die Mountainbike-Strecken angeht. Genau deswegen glaube ich, dass du mit unserem Abänderer durchaus Freude haben wirst, weil im Prinzip geht er genau in diese Richtung, nämlich dieses Stückwerk aufzuheben und für ganz Graz ein Konzept zu entwickeln. Müsste ein Vorstoß sein, der dir entgegenkommt und auf der anderen Seite hier explizit eben Buchkogel, Florianiberg, Plabutsch herauszunehmen. Plabutsch gibt es meines Wissens bereits auch zwei Strecken, die man berücksichtigen müsste. Wie auch immer, ich glaube, wir müssen hier größer denken. Wir müssen für die gesamten Grazer, für das gesamte Gebiet etwas entwickeln, und genau in diese Richtung geht eben unser

Abänderungsantrag.

Der Gemeinderat möge beschließen: Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, geeignete Routen in ganz Graz zu prüfen. Nach ersten Gesprächen mit Grundstückseigentümern, dem Gemeinderat bis zur Sitzung im September diesen Jahres einen Machbarkeitsbericht über mögliche Routen vorzulegen.

Punkt 2: Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt zu prüfen, mit welchen Maßnahmen die meist zu schnell befahrenen engen Gassen, also genau diese Verbindung zu den öffentlichen Straßen, sicherer gestaltet werden, damit wir eben diese Gefahren, die bereits beschrieben worden sind, vermeiden. Dabei ist auf die Bedürfnisse der jeweiligen Anrainer einzugehen und diese in die Planungen einzubinden.

Ich glaube, dass es von der Grundtendenz durchaus Übereinstimmungen gibt, bin gespannt auf das Abstimmungsverhältnis.

Originaltext des Abänderungsantrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Es ist sehr erfreulich, dass sich nach unseren Initiativen im Gemeinderat betreffend die Mountainbiker am Plabutsch ein weiterer Mitstreiter in Form dieses Dringlichkeitsantrages zu Wort meldet, wenn auch auf Seiten der Mountainbiker.

Denn die eigentlich Leidtragenden – und das in ganz Graz – sind die Anwohner, die auf den meist engen Wegen dem Verhalten – nicht aller – aber dennoch vieler Radfahrer (Mountainbiker) ausgesetzt sind.

Wir stimmen jedoch jenem Punkt zu, dass es nicht ausreicht die Mountainbiker von den Straßen zu verbannen bzw. diese im Übermaß zu regulieren, sondern dass es Möglichkeiten bedarf, diesen Sport auszuüben.

Da es jedoch im Grazer Stadtgebiet eine Vielzahl an Routen gibt, wie zum Beispiel den Enzi-Trail und Westside Trail, soll zusätzlich ein Augenmerk auf die sichere Gestaltung der Straßen und Wege des an die (neuen) Trails angrenzenden Straßennetzes gelegt werden.

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Abänderungsantrag

der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

- 1. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt geeignete Routen in ganz Graz zu prüfen und nach ersten Gesprächen mit Grundstückseigentümern dem Gemeinderat bis zur Sitzung im September 2024 einen Machbarkeitsbericht über mögliche Routen vorzulegen.*

2. *Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt zu prüfen mit welchen Maßnahmen, die meist zu schnell befahrenen engen Gassen - die die Verbindung zu öffentlichen Straßen darstellen - sicherer gestaltet werden können. Dabei ist auf die Bedürfnisse der jeweiligen Anrainer einzugehen und diese in die Planungen einzubinden.*

Stadtrat **Eber**:

Lieber Antragsteller, lieber Kollege Wagner, der Kollege Winter hat nicht ganz unrecht gehabt. Ich werde eine Zustimmung zur Dringlichkeit nicht empfehlen können, allerdings heißt das überhaupt nicht, dass wir die Anträge nicht irgendwie ernst nehmen. Es hat ja die GBG vor rund zwei Jahren sozusagen die Funktion übernommen, sich um diese ganzen Mountainbike-Strecken in Graz, auf Grazer Stadtgebiet zu kümmern und zu übernehmen. Dort hat sie eben auch die entsprechenden Verträge mit den Grundstückseigentümern, mit Mountainbike-Clubs, Vereinen usw. abgeschlossen und hat eben auch mit den Grundstückseigentümern, ist ja nicht nur öffentlicher Grund der Stadt Graz, sondern es sind ja auch viele Private, die da Grundstückseigentümer sind, die entsprechenden Verträge also abgeschlossen und wir sind da, glaube ich, auf einem guten Weg.

Was natürlich auch eine ganz wichtige Frage ist, um die Konflikte vor allem, sage ich jetzt einmal, zwischen Wanderern und Mountainbikern zu minimieren, ist natürlich auch eine entsprechende Beschilderung. Du hast schon erwähnt, der Landes-Mountainbike-Koordinator, hat da bereits ein Konzept für die gesamte Steiermark rausgearbeitet und das wird natürlich auch in Graz dann kommen. Also eine entsprechende Beschilderung, natürlich braucht es dazu auch die entsprechenden finanziellen Mittel. Die werden wir aber auch bereitstellen können aus dem bisherigen Budget.

Von daher sehe ich die Dringlichkeit nicht mehr gegeben, sehe aber durchaus, dass von euch beiden jetzt der Wunsch angekommen ist, sehr stark, dass man versuchen soll, neue Strecken oder auch Streckenschlüsse, Zusammenschlüsse zu finden. Sowohl die GBG als auch ich sind beide gerne bereit, zusammenzukommen. Alle Gemeinderatsklubs und vor allem euch beide auch einzuladen und einzubinden, dass man zu so einem ersten Überlegen kommt, wo fehlt es besonders, wo ging es vielleicht auch besonders einfach, dass man diese Strecken ausbaut. Ich weiß nicht, ob so eine Machbarkeitsstudie, da wie du es genannt hast, bis September jetzt schon vorliegen kann, ob wir da mit den Grundstückseigentümern da auch schon so weit sind, aber auf jeden Fall, wie gesagt, sind wir gerne bereit, hier auch weiter darüber zu reden. Danke.

Stadtrat Riegler:

Also dass der Tag noch kommt, dass ich an einem Gemeinderatstag auch noch vollinhaltlich einer Meinung mit dem kommunistischen Finanzstadtrat bin, ist wirklich erfreulich, aber in dem Fall würde ich sagen, hast du, Manfred, da einiges Zutreffendes gesagt. Also, erstens, wir haben einen Mountainbike-Beauftragten, wir haben eine Lösung für die Versicherungs- und Wegehalterproblematik. Ich bin ja selber Wegehalter als Alpenvereinsobmann, allerdings nicht fürs Radfahren, sondern fürs Bergsteigen. Ich glaube, dass es tatsächlich ausreichend funktionierende Systeme und Bemühungen gibt. Deswegen hätten wir, ehrlich gesagt, wir haben reiflich überlegt, es ist richtig, Radfahren und Mountainbiken ist eine wichtige Trendsportart, die man auch durchaus fördern sollte, aber ich bin jetzt, ehrlich gesagt, auch eher der Meinung, dass die Dringlichkeit da jetzt in dem Fall ein bisschen weit hergeholt ist. Nicht für alles, was irgendwann einmal ein Problem sein könnte, braucht es unbedingt eine Speziallösung. Ich hätte gesagt, setzen wir uns doch einmal zusammen mit dem Herrn Pekoll, machen wir einen runden Tisch und unterhalten uns gemeinsam. Sportstadtrat sitzt neben mir, wäre sicher sehr interessiert daran, dass wir uns hier über neue Varianten und neue

Routen vielleicht unterhalten. Vertagen wir dieses Thema auf ein andermal, was sagst du dazu?

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke vielmals, ist eine gute Vorgehensweise, aber ich denke, es gibt noch weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit. Wenn das nicht der Fall ist, bitte der Antragsteller noch ein Schlusswort zur Dringlichkeit.

Gemeinderat **Wagner**:

Danke, für die ausführlichen Wortmeldungen, auch wenn die Dringlichkeit, oder der Antrag so direkt nicht durchgehen, scheint es ja so zu sein, dass ich den runden Tisch durchgebracht habe, das freut mich sehr. Also eigentlich ist er eh durch, das ist der Beginn von dem Allen, dass man einfach alle Beteiligten hier erst einmal an einen Tisch holt, dass man schaut, wo fehlt es wirklich, was können wir noch machen. Wie gesagt, ein Mountainbike-Koordinator, den haben wir ja seit 2021. Passiert ist leider nicht sehr viel, das heißt, die Systeme funktionieren noch nicht ganz, aber ich sehe die Bemühungen erst einmal positiv und sehr freut mir auch, dass finanzielle Mittel dann auch bereitgestellt werden können. Auf das werden wir dann, wenn wir genaue Projekte haben, auch gerne zurückkommen. Ja, und wenn es am Anfang auch nur die Beschilderung ist, dann ist das auch in Ordnung. Wichtig ist ja nur, dass es funktioniert und dass die Infrastruktur weiter ausgebaut wird, weil der Mountainbikesport sich zum Glück an großer Beliebtheit erfreut. Somit sage ich trotzdem Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke vielmals, wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer ist dafür?

Gegenprobe. Er ist zwar in der Dringlichkeit, aber de facto, wie Herr Gemeinderat gesagt hat, dem Inhalt noch durchaus angekommen und es wird diesen runden Tisch geben.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich abgelehnt (gegen KFG, NEOS, FPÖ, GR Eustacchio).

Damit sind wir am Ende der Dringlichen Anträge und auch am Ende der öffentlichen Tagesordnung. Ich darf mich bei allen, die noch via Livestream dabei sind und auf der Galerie ganz herzlich verabschieden im Namen aller Kollegen und Kolleginnen. Danke fürs Zuhören und Zuschauen, einen schönen Abend und bis zum nächsten Mal.

Ende der öffentlichen Sitzung 19.05 Uhr.